

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **435000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zimmer höher klettern die Kurse von Elektrizitätsaktien, die Spekulation ist „elektrisiert“, ihre Phantasie wird fortwährend durch Meldungen und Gerüchte über neue Geschäfte, Ausdehnungs- und Fusionsbestrebungen der Elektrizitätsgesellschaften angeregt. Charakteristisch ist auch, daß die Mitteilung über die bevorstehende Auflösung des sogenannten Elektrokartells keine Beachtung fand. Der Kartellvertrag, der lange Zeit geheim gehalten worden war, bezweckte ein gemeinsames Vorgehen bei Submissionen, er läuft im Oktober dieses Jahres ab und soll nicht erneuert werden. Erinnerung dürfte sein, welche heftige Kritik dieser Vertrag bei seiner Bekanntgabe gefunden hat, aber keineswegs verfiel er nun in Mißacht auf die Stimmung der Öffentlichkeit. Dem Elektrokartell gehören die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Siemens-Halske-Schubert und die Fellen & Guilleaume-Lahmeyerwerke an, seine Nichterneuerung wird jedoch keine Lockerung der Kartellverhältnisse in der Elektrizität nach sich ziehen. Durch die jüngst besprochene Vereinigung der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, eines Finanzinstituts der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, mit der Elektrizitätsgesellschaft vormals Lahmeyer in Frankfurt a. M. wurde eine enge Verbindung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft mit den Fellen & Guilleaume-Lahmeyerwerken hergestellt, eine völlige Fusion wird in nicht zu langer Zeit spruchreif werden. Ein Gegensatz zwischen diesen beiden Gesellschaften ist heute schon völlig ausgeschaltet, dazu kommt, daß zwischen dem Konzern der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und dem von Siemens-Halske-Schubert in allen wichtigen Fragen und Geschäften offen und noch viel mehr geheim Vereinbarungen bestehen und weiterhin von Fall zu Fall getroffen werden. Unter diesen Umständen hat das Elektrokartell jede Bedeutung eingebüßt, es ist überflüssig geworden, sein Aufhören ist eher die Folge des Kräfte gewordenen Zusammenschlusses der führenden Elektrizitätsunternehmen. Auf dem Gebiete der Ueberlandzentralen ist die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft besonders stark tätig; Hand in Hand mit der Errichtung derartiger Werke geht die Wachtung der Elektrizitätswerke von Gemeinden und Kreisverbänden, um zur Hebung der Rentabilität von Ueberlandzentralen möglichst weite und unbeschränkte Abgabebiete zu schaffen. Auch die Bergmann-Elektrizitätswerke, die bekanntlich bedeutende technische und finanzielle Leistungen im Bereich haben, sind in diesen Tagen zur Gründung einer neuen Ueberlandzentrale geschritten, die die Firma Ueberlandzentrale Westpreußen, G. m. b. H., trägt. Die ertönten Gerüchte über neue umfassende Veränderungen in der Elektrizitätsindustrie wollen auch davon wissen, daß Siemens & Halske jetzt mit besonderer Energie bemüht sind, eine Annäherung an die Bergmann-Elektrizitätswerke herbeizuführen, man vermutet, daß die Deutsche Bank, die die Hauptbankverbinding beider Gesellschaften ist, angesichts der erlangenen Herrschaft der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft über die Fellen & Guilleaume-Lahmeyerwerke diese Versuche nachdrücklich unterstützt. Wie bei den Diskussionen über diese Pläne mitgeteilt wurde, haben die Gesellschaften des Siemens-Konzerns im abgelaufenen Geschäftsjahr Rekordumsätze und Rekordaufträge zu verzeichnen gehabt, auch die Erträge dürften sehr günstig sein.

Als ein Zeichen der Besserung auf den Eisenmärkten ist unter anderem die Erhöhung der Stabeisenpreise anzusehen. Mitte August zogen die Eisenpreise am internationalen Markt an, nachdem die Notierungen in den Monaten vorher mehrfach gesunken waren. Von der deutschen Stabeisenkonvention war beachtlich, die neuen Preise erst in einer Konferenz im September festzusetzen, die günstigere Situation auf den Auslandsmärkten veranlaßte sie schon früher zu einer Preisregelung, die für das vierte Quartal eine Erhöhung der Verkaufspreise um 2 M. pro Tonne bringt. Für Polen, Schlesien, sowie für Verbenungen nach Berlin auf dem Wasserwege soll die Preisserhöhung um 3 M. betragen. Die Ausführungspreise sollen möglichst um 2 M. für o.e. Tonne erhöht werden. Gleichzeitig hat sich auch am Zink- und Zinnmarkt eine Besserung eingestellt; bei der jetzigen Preislage auf dem Zinkmarkt gestaltet sich der Betrieb in der deutschen Zinkindustrie außerordentlich gewinnbringend.

Der Abschluß der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft für 1909/10 weist nach Abschreibungen von 5,4 Millionen (im Vorjahr 5,1 Millionen) einen Reingewinn von 6,37 Millionen Mark gegen 4,19 Millionen Mark im Vorjahr aus. Auf das Aktienkapital von 50 Millionen gelangt eine Dividende von 10 Prozent zur Verteilung, für das Jahr 1908/09 erhielten 24 Millionen Mark alte Aktien 10 Prozent und 18 Millionen junge Aktien 5 Prozent Dividende. Die Herren Aufsichtsräte profitieren von der Gewinnsteigerung sehr beträchtlich, während der Aufsichtsrat, der 20 Mitglieder zählt, im Vorjahr 123 333 M. bezog, erhält er für das letzte Jahr 223 282 M., also fast 100 000 M. mehr. Auch die Dortmund-Union, die ihren letzten selbständigen Geschäftsabschluß veröffentlicht (bekanntlich ist sie nun mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft verbunden), hat im Jahre 1909/10 eine Gewinnsteigerung zu verzeichnen. Nach Abschreibungen von 3,46 Millionen (im Vorjahr 3,05 Millionen) ergibt sich ein Reingewinn von 2,19 Millionen gegen 1,81 Millionen im Vorjahr. Auf D-Aktien gelangt wieder eine Dividende von 5 Prozent zur

Verteilung, auf die C-Aktien eine Dividende von 3 Prozent gegen 2 Prozent im Vorjahr. Beide Gesellschaften klagen, daß die Beschäftigung in den syndizierten A-Produkten des Stahlwerksverbandes (Halbzug, Formeisen und Eisenbahnmaterial) weit hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurückbleibt, in Uebereinstimmung damit steht die Meldung, wonach bei dem deutschen Stahlwerksverband der voranschreitliche Bestand im laufenden Jahre 80 Prozent der Beteiligung nicht überschreiten wird.

Der Roheisenverkaufsvereinigung haben sich inzwischen wieder verschiedene Eisenwerke angeschlossen, außerhalb der Vereinigung befinden sich zurzeit besonders nach die Kaiser-Eisen- und Stahlwerke, die Siegerländer und die Lothringisch-Luxemburgische Hochofenwerke. Die Kaiser-Eisen- und Stahlwerke haben im letzten Jahre beträchtlich erhöhte Ergebnisse erlangt, nach Abschreibungen von 861 000 M. gegen 637 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Ueberschuß von 1,15 Millionen gegen 401 200 M. im Vorjahr. Auf das von 5 Millionen auf 10 Millionen erhöhte Kapital wird eine Dividende von 8 Prozent gegen 5 Prozent vorgeschlagen. — Die Friedrich-Thomae-Aktien-Gesellschaft in Verbobhl, die zu den reinen Walzwerken gehört, hat für 1909/10 eine Besserung der Ergebnisse aufzuweisen; sie bringt 5 Prozent gegen 3 Prozent im Vorjahr zur Verteilung. In den Jahren 1905/06 und 1906/07 zahlte sie Dividenden von 10 und 12 1/2 Prozent. — Mit einem Verlust von 4155 M. schließt der Siegen-Solinger Gußstahlverein ab. Der Verband hat zwar in dem letzten Geschäftsjahr von 6785 Tonnen auf 7913 Tonnen zugenommen, der Mißerfolg ist nach der Erklärung der Verwaltung auf die sich immer mehr verschärfende Konkurrenz in ihren Fabriken zurückzuführen. — Eine Dividende von 10 Prozent gegen 6 Prozent für das Vorjahr wird die Düsseldorf-Eisen- und Drahtindustrie A.-G. zur Ausschüttung bringen. Nach erhöhten Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 488 000 M., der sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat. — Als betrieblig wird die Geschäftslage von dem Verband Europäischer Emailierwerke bezeichnet, der Beschäftigungsstand des Verbandes hat auch während der Hochsaisonmonate nicht abgenommen, so daß teilweise schon heute Lieferfristen bis Ende dieses Jahres gefordert werden müssen. Die Nachfrage in den überseeischen Märkten ist reger, auch die ostasiatischen und afrikanischen Märkte haben sich gegen das Vorjahr wesentlich belebt. Am 20. September findet die Generalversammlung des Verbandes statt; sie wird voraussichtlich auch eine Erhöhung der Preise für Lieferungen im ersten Quartal 1911 beschließen. Im Anschluß an die Verbandsversammlung finden Verhandlungen mit den russisch-polnischen, spanischen und italienischen Emailierwerken über den Abschluß von Konventionsverträgen für deren heimische Abgabebiete statt. So wird die internationale Organisation des Kapitals in der Emailierindustrie immer lückenloser. — Die Emailier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Ulrich in Mailammer bringen bei Ergebnissen, die etwa den vorjährigen gleichen, wieder eine Dividende von 6 Prozent zur Verteilung.

Unter der Führung der Walde-Lettering A.-G. kam nach Aufhebung des Röhrenkartells eine Anzahl von Röhrenwerken zu einem Uebereinkommen, nach dem für den Absatz von Gasröhren in Zukunft 3 Klassen aufgestellt werden, zwischen denen eine Preisspannung von je 1 Prozent Brutto liegen soll. Die erste Klasse soll die 1/2- bis 1/2 Zolligen Röhre umfassen, die zweite die 3/4- bis 1 Zolligen und die dritte die 1 1/4- bis 1 1/2 Zolligen. Diesem Vorgehen haben sich unter anderem die Mannesmann-Röhrenwerke nicht angeschlossen. Daß sich aus diesem Uebereinkommen wieder eine festere Vereinigung der Röhrenwerke bilden könnte, wird in den beteiligten Kreisen nicht erwartet. Am Röhrenmarkt soll sich zurzeit eine leichte Besserung der Geschäftslage bemerkbar machen.

Kürzlich teilte die Verwaltung der Deutschen Babcock und Wilcox-Dampfkesselwerke A.-G. mit, daß der Bestand an Aufträgen und die Summe der Fakturen zwar bedeutend höher als im Vorjahre wäre, die erzielten Preise jedoch derartig schlecht seien, daß ein gleich hohes Gewinnergebnis wie im Vorjahre kaum zu erwarten ist. Eine Betrachtung der Abschlußzahlen des Vorjahres ergibt nun, daß der vorjährige Gewinn ganz außerordentlich hoch war. Der Gewinnsegen kam aber in der Dividende, die 9 1/2 Prozent betrug, nicht annähernd zum Ausdruck. Nach Abschreibungen von 250 815 M. blieb ein Reingewinn von 608 019 M., von dem nur 261 250 M. zur Verteilung der Dividenden Verwendung fanden, rund 300 000 M. wurden dem Spezial-Reservefonds überwiesen und 30 000 M. auf neue Rechnung vorgelagert. Es betragen also die Abschreibungen soviel wie die zur Verteilung gelangten Gewinne, die in Spezialreserven geflossen Summen waren mit 300 000 M. noch um 40 000 M. höher als die Dividendensumme. Gegenüber so ungewöhnlich glänzenden Erträgen will es also wenig bedeuten, wenn der Gewinn für 1909/10 etwas zurückbleibt.

Ueber die Entwicklung der C. Lorenz Aktien-Gesellschaft zu Berlin gibt der Prospekt Aufschluß, der aus Anlaß des Antrages auf Zulassung der Aktien dieses Unternehmens zur Notierung an der Berliner Börse veröffentlicht wird. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 1 400 000 M., sie ist im Jahre 1906 aus der Firma C. Lorenz zu Berlin mit Ueberlassung in Petersburg hervorgegangen. Sie fabriziert sämtliche Artikel, die in das Gebiet der Telephonie und Telegraphie fallen, sowie alle Artikel, die für Massenkleinfabrikation und Feinmechanik geeignet sind, besonders werden hergestellt: Telephonapparate und Zubehörteile, Telephonvermittlungsschranke, Morse-Telegraphenapparate, Ferndrucker, Eisenbahnsignale, Feuermelde- und Rohrposteinrichtungen, Einrichtungen für Telephonie und Telegraphie für Schiffahrts-, Bergwerks- und Armeezwecke, besondere Abteilungen bestehen für

drahtlose Telegraphie und Telephonie und für die Installation aller Arten von Schwachstromapparaten, Akkumulatoren und dergleichen. Die Dividenden in den vier Jahren seit Bestehen der Gesellschaft betragen 10, 12, 16, 16 Prozent. Dem Aufsichtsrat gehören neben Bankverträttern der Admiral à la suite des Seeoffizierskorps Wilhelm Büchel und der Oberstleutnant a. D. Friedrich Lichmod an. In einem wirtschaftlichen Wegweiser für Seeoffiziere a. D. schrieb unlängst der Viceadmiral a. D. v. Ahlefeld, Offiziere a. D. hätten gute Aussicht, Aufsichtsräte bei Gesellschaften zu werden, die Lieferungen für Behörden haben oder erlangen wollten. Das Verlangen nach guten Verbindungen mit Staatsverwaltungen erklärt wohl auch die Zugehörigkeit der genannten Offiziere zum Aufsichtsrat der Gesellschaft C. Lorenz.

Eine Erhöhung des Aktienkapitals um 300 000 M. auf 1,6 Millionen schlägt die Verwaltung der Aktiengesellschaft Gebr. Krüger & Co. (Wiederdruckapparate), Berlin, vor; sie leitet dabei mit, daß der Geschäftsgang sowohl bei dem Stammunternehmen als bei der A. Krüger G. m. b. H. sehr lebhaft sei, die erste Hälfte des Geschäftsjahres einen erheblich höheren Gewinn als die entsprechende Zeit des Vorjahres erbracht habe. Infolge der starken Beschäftigung erweise es sich als notwendig, die Eröffnung der Fabrik durch Neubau zu vergrößern. — Ueber die Erhöhung des Grundkapitals von 1,2 auf 2 Millionen Mark wird demnächst eine außerordentliche Generalversammlung der Hannoverischen Waggonfabrik A.-G. beschluß fassen. Die Gesellschaft hat erhebliche Neuanlagen durchgeführt; nach Mitteilung der Verwaltung wird trotz der allgemein zurückgegangenen Preise der Jahresumsatz über 4 Millionen Mark betragen und dem vorjährigen gleichkommen. Durch die in allen Betriebsabteilungen durchgeführten verbilligenden Neuanlagen soll das Jahresresultat nach Abschreibungen, die die Verwaltung als gut befallen bezeichnet, nicht nur die Ausschüttung der vorjährigen Dividende von 10 Prozent gestatten, sondern auch noch die Verwendung eines Abschreibungsüberschusses zur Kräftigung des Unternehmens durch Rezervertellungen ermöglichen. — Wie vorausgesehen war, hat auch die Maschinenbauanstalt Alten-Essen in Dortmund, die zum Konzern der zusammengebrochenen Niederdeutschen Bank gehört, den Konkurs anmelden müssen. Direktor dieser Gesellschaft war der jetzt verhaftete Dr. Kolben, der Kassierer der Niederdeutschen Bank. Begründet wurde die Gesellschaft im Jahre 1905. Sie ging aus der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbauanstalt und Eisengießerei G. m. b. H. hervor.

Die Mittelbetriebe in der Berliner Maschinenindustrie.

(Schluß.)

Zu der Besprechung der Grundlagen der Existenz der Berliner Mittelgewerbe ist von besonderem Interesse die vielberufene „Auswanderung des Kapitals“, mit der ja von den Unternehmern so oft schon aus allen möglichen Gründen gedroht wurde. Nun, die Berliner Unternehmungen sind geradezu auf der Flucht in ländliche Gemeinden hinaus, so daß sich hier in Form der „Stadtflucht“ die entgegengesetzte Bewegung von der Landflucht vollzieht. Die Gründe der industriellen Stadtflucht sind verschiedenartig. Zunächst bewirkt der Fortgang ganz selbstverständlich den Vorteil der Emanzipation von den Berliner Grundwerten. Werden die Werkstätten in die weiter entfernt liegenden Provinzen verlegt, so ist die Differenz zwischen den Grundwerten manchmal so enorm, daß sich die früher in Berlin aufgestellten und kaum rentierenden Gewerbebetriebe durch die wesentlich verringerten Unkosten zu lukrativen Unternehmen umgestalten. Doch ein Umwandern in die entlegeneren Landestheile kann immer nur von denjenigen Betrieben geschehen, die entweder auf den Berliner Markt und die sonstigen Vorteile der hauptstädtischen Verhältnisse nicht angewiesen sind oder bei denen noch eine nähere Lage zu der Rohstoff- oder Kostengewinnung von größeren Vorteilen ist, als wenn sie die Produktion im Herzen des Berliner Konsums ausüben, zumal sie dieses Abgabebiet gegebenenfalls durch eine Agentur oder Filiale in ihre Interessensphäre zu ziehen vermögen.“ So ist eine Fabrik für Feuerlöschgerätschaften von Berlin weg verlegt und mit zwei anderen gleichartigen Unternehmungen zu einem Trust unter der Firma „Vereinigte Feuerlöschgerätschaftenfabriken, G. m. b. H.“ verschmolzen worden, die nun in Berlin eine Vertretung mit Musterlager hat. Daneben befinden sich nur drei kleine Mittelbetriebe derselben Branche mit zusammen höchstens 27 Personen in Berlin. Die Großfabrikation von Buchdruckmaschinen hat sich unter Zurücklassung von Niederlagen nach Süddeutschland geflüchtet. Die früher berühmte Berliner Textilindustrie ist fast ganz verschwunden.

Die Verlegung der Betriebe von Berlin aufs Land bietet den Unternehmern auch Gelegenheit zu Betriebsverlagerungen, Anschaffung der neuesten und besten Maschinen und damit in Verbindung zur zweckmäßigsten Organisation der Fabrik. Damit geht dann freilich Hand in Hand die Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen sowie die Verdrängung der teureren männlichen durch die billigeren Frauen- und jugendlichen-Arbeit, der qualifizierten durch ungelernete Arbeit. Auf diese Weise gelang es zum Beispiel einem großen Betrieb der elektrotechnischen Branche, die Arbeiterzahl um ein Zehntel zu reduzieren und gleichzeitig die Produktion um ein Zehntel zu vermehren, also entsprechenden höheren Profit zu erlangen. Es gibt aber auch Hindernisse für die industrielle Stadtflucht. So sind in den Gemeinden um Berlin die Steuerzuschläge mit 120 bis 150 Prozent gegen 100 Prozent in der Reichshauptstadt empfindlich höher. Die große Differenz erklärt sich dadurch, daß in jenen Gemeinden eine zum großen Teil wenig steuerkräftige Bevöl-

kerung vorhanden ist, deren rasche Vermehrung infolge der Nähe Berlins oder starke Anforderungen an sie stellt.

Sodann bieten für zahlreiche Betriebe die günstigeren Berliner Absatz- und Konsumtionsbedingungen mehr Vorteile, als solche mit der Betriebsverteilung verbunden sind. Berlin ist die Zentrale aller staatlichen Behörden, der Kongressort des Reichs und Uebertragungsberichts des Handels, der Presse, des Fremdenverkehrs, der binnenländischen Schifffahrt und dergleichen mehr.

Die engen Beziehungen schon zu den Zentralinstanzen der Verwaltungsbehörden, zum Beispiel der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, die als die größte Arbeitgeberin Deutschlands Fabriken aller möglichen Branchen zu Lieferungen heranzieht, sichern den hier ansässigen Betrieben ein Uebergewicht und zwingen sie, in Berlin oder doch in dessen nächster Nähe sesshaft zu bleiben; denn die häufig nötig werdenden Konferenzen und schnellen Entschlüsse und Entscheidungen bedürfen oft der persönlichen Initiative der Fabrikleitung und können durch Vertreter nicht immer in genügender Weise wahrgenommen werden.

Zimmer oder können an eine Verlegung der Betriebswerkstätten, sei es in die Vororte oder in die weiter entfernten Provinzen, nur die Unternehmungen denken, die auf die Berliner Kundenschaft weniger angewiesen sind, die sich vor allen Dingen spezialisieren haben und daher in den modernen Fabrikräumen auch auf einen erweiterten Markt Rücksicht nehmen, also für vermehrte Absatz sorgen und zu Lieferungen an einen ihnen persönlich meist unbekanntem Kundenzirkel, zur Massenproduktion übergehen.

Die 17 Mittelbetriebe für die Verfertigung von Buchdruckereimaschinen und Apparaten sind zum größten Teil Niederlassungen der auswärtigen Großproduzenten; zwei Betriebe beschäftigen sich lediglich mit Reparaturen.

So oder ähnlich ist die innere gewerbliche Qualität der anderen Betriebe beschaffen. Dazu kommt dann als eine der hauptsächlichsten Erfordernisse der wirtschaftlich nicht mehr notwendigen Klein- und Mittelbetriebe eine weitgehende Ueberlassung der Produktion, weswegen das „Handwerk“ geradezu das Monopol auf die „Lehrjahrsausbildung“ für sich beansprucht. So fand Dr. Kieffner auf seinen Wanderungen einen Betrieb der Maschinenbranche mit 19 Arbeitern und 18 Lehrlingen, einen anderen mit 6 Arbeitern und 9 Lehrlingen. Es fragte denn auch der Inhaber eines Betriebes für automatische Türschlösser, der 5 Personen beschäftigt, über die Schenkungsbedingungen von Betrieben, die die Lehrjahrsarbeit ausüben und er fügte ganz richtig hinzu: „In solchen kleineren Spezialbetrieben Lehrjahre zu halten, ist weiter nichts als Peinigung.“

Dr. Kieffner verweist sein Urteil über die Mittelbetriebe in der Berliner Maschinenindustrie dahin, daß die Mehrzahl derselben schon heute nur noch eine ganz unzureichende Bedeutung hat, angesehen von der Massenproduktion, dem Wagnisse, der Betriebskosten, der Konkurrenz und in gewisser Beziehung von der Konkurrenz der Massenproduktion, und er bezeichnet diese Stellung als das wichtigste Ergebnis der Untersuchung. Er führt dann fort: „Wir haben vielfach die Abhängigkeiten durchschauen sehen, welche die Mittel-

betriebe zum großen Teil in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Großindustrie bringt und es kann nicht geleugnet werden, daß sie oftmals lediglich die Bedienten (wie erinnern an die Reparaturen, die in fast allen Mittelbetrieben einen großen Teil der Beschäftigung ausmachen) und Wafallen (Installation) des Kapitalismus sind, die funktionieren vielfach nicht mehr als Herren, sondern als Knechte. Wir können uns daher nach allem nur der Ansicht Naumanns anschließen und variierend referieren: Das Schicksal ist zu den Großbetrieben übergegangen und die kleineren Betriebe folgen ihnen wie ein Wehrenlefer dem Trupp der Schmitzer. Auch wenn seine Tagesernie nicht schlecht ist, so kann er doch immer nur nehmen, was übrig bleibt, nachdem die Garben der Großen in Reife und Glanz stehen.“

Das Naumannsche Bild ist für die vielbesprochenen Mittelbetriebe nicht schmeichelhaft, aber es ist wahr und darum auch erscheint die Argumentation von anderer Seite um so überzeugender, in der Zuzahme dieser Art von Betrieben eine tatsächliche Widerlegung der sozialistischen Theorie, eine Ueberwindung des Sozialismus dazum zu wollen.

Ein besonderer Abschnitt ist der Darstellung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Mittelbetrieben der Berliner Maschinenindustrie gewidmet. Es lohnt sich, darauf etwas näher einzugehen.

Die Durchführung der Hüttenarbeiter-Schutzverordnung nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

IX. (Schluß.)

(Klagen der Unternehmer. Klagen der Gewerbeinspektoren. Mehr Beamte — mehr Arbeiter. Tabelle der Ueberarbeit. Ueberstunden als mehr Lohn. Nebenwirkungen. Weg mit den Ausnahmen — strikte Durchführung. Mehr Schutz. Achthunderttag. Hinein in die Organisation.)

Unsere Wanderung ist beendet. Fassen wir kurz die hervorsteckendsten Merkmale aus den einzelnen Berichten der Gewerbeinspektoren über die Durchführung der Hüttenarbeiterverordnung zusammen, so finden wir einmal ein allgemeines Klagen der Unternehmer über die viele Schwierigkeit, die das verlangte Ueberarbeitsverzeichnis mit sich bringt. Auch über einen Ausfall an der Produktion wird geklagt. Die Unternehmer werden diese Schmerzen schon noch ertragen können.

Die Aufsichtsbeamten der Gewerbeinspektion klagen gleichfalls über die enorm vermehrte Arbeit. Diese Klagen erfordern allerdings eine größere Beachtung. Auf keinen Fall darf die Hüttenarbeiter-Schutzverordnung in ihrer Ausführung Schaden erleiden, weil nicht genügend Aufsichtsbeamte vorhanden sind. Es ist also die Verrechnung der Beamten und ihre Unterstützung durch durch gesicherte Arbeiterkontrollen zu fordern. Die Sache eilt, wie zum Beispiel aus den Angaben des Oppelner Berichtes zu entnehmen ist:

Die Bekanntmachung hat schiefen Inhalt in der betriebligen Industrie hervorgerufen und in ihrer Durchführung die Arbeitskraft der hauptsächlichsten Gewerbeaufsichtsbeamten aufs äußerste beansprucht. Diese haben in verständnisvollem Hand-in-Hand-arbeiten mit der Industrie die oft recht schwierige Aufgabe der Durchführung im allgemeinen gelöst und das Ueberarbeitsverzeichnis schon demeritenswerter beschleunigt. Eine weitere Förderung dieser Aufgabe und eine gründliche Durchführung der Bekanntmachung werden aber wesentlich davon abhängen, in welcher Weise noch schwebende Auslegungssachen gelöst, und die hauptsächlichsten Gewerbeinspektoren durch bawende oder doch langfristige Zuteilung geeigneter Hilfsarbeiter unterstützt werden. Geht es hier, so wird demnach eine weitere Besserung der Arbeitsverhältnisse in der Eisenindustrie ohne Schädigung ihrer Lebensfähigkeit erwartet werden können. Ein abschließendes Ergebnis liegt in den bisher durchgeführten Entscheidungen noch nicht; ein solches Ergebnis steht ein weiteres Eintreten in die neuen Vorschriften und eine genaue Prüfung nicht nur in der Zeit des geschäftlichen Tiefstandes, wie jetzt, sondern auch in einer Zeit guten Geschäftsganges voraus.“

Das letztere muß besonders beachtet werden. Der Umfang der Ueberarbeit ist erst in der besseren Geschäftszeit genauer zu übersehen.

Die Aufsichtsbeamten haben ihren Berichtstabelle beigefügt, aus denen wir Auszüge gemacht und wie folgt zusammengestellt haben:

| Regierungsbezirk | Zahl der Betriebe | Zahl der durchschuldeten Arbeiter | Zweifel von diesen Arbeitern unaufrichtig überarbeits gelistet? | | Zahl der wirklich geleisteten Ueberstunden | |
|----------------------|-------------------|-----------------------------------|-----------------------------------------------------------------|------|--------------------------------------------|------------------|
| | | | ja | nein | zusammen | davon an Sonntag |
| Potsdam | 2 | 461 | 117 | 25,4 | 1366 | 109 |
| Stettin u. Stralsund | 1 | 805 | 100 | 12,4 | 9277 | 4762 |
| Siegen | 2 | 476 | 39 | 8,2 | 7016 | 322 |
| Oppeln | 29 | 30413 | 11472 | 37,0 | 1516975 | 649340 |
| Magdeburg | 4 | 1908 | 677 | 35,0 | 62146 | 40662 |
| Schleswig | 2 | 214 | 146 | 68,0 | 14076 | 1 |
| Hildesheim | 2 | 4229 | 1439 | 34,0 | 153950 | 105202 |
| Hannover u. Stade | 1 | 160 | 32 | 20,0 | 1996 | 32 |
| Osnabrück u. Aurich | 4 | 2735 | 1160 | 42,4 | 131107 | 21497 |
| Münster | 1 | 459 | 181 | 39,4 | 23668 | 13320 |
| Witten | 1 | 62 | 1 | 1,6 | 55 | 4 |
| Amsberg | 33 | 47255 | 21601 | 45,7 | 2144475 | 973762 |
| Bielefeld | 5 | 638 | 215 | 33,8 | 22369 | 12684 |
| Rohlfen | 15 | 4994 | 1797 | 36,0 | 249778 | 75952 |
| Düsseldorf | 112 | 55490 | 22802 | 41,1 | 3023909 | 1250550 |
| Köln | 42 | 3475 | 1342 | 38,6 | 19722 | 6262 |
| Trier | 54 | 24364 | 7903 | 32,5 | 122817 | 52630 |
| Machen | 6 | 4716 | 2231 | 47,3 | 38969 | 22256 |

Zusammen 366 | 182563 | 73260 | 40,0 | 7588571 | 3229346

Der Umfang der Sonntagarbeit war nicht zu erheben.

Also rund 40 Prozent der 182 563 in den Werken der Grob- und Feinindustrie, die unter die Verordnung fallen, beschäftigten Arbeiter wurden zur Ueberarbeit herangezogen. Von der Ueberarbeit entfiel 42,8 Prozent auf die Sonntage. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die regelmäßigen Beschäftigten, die 24 Stunden dazum, leider nicht mit als Ueberarbeit verzeichnet wurden, so erkennt man gleich den großen Umfang der Ueberarbeit, wie sie das erste Jahr der Schutzverordnung ausgeübt hat, trotz der schlechten Geschäftslage und trotz des Umstandes, daß nach den Festsetzungen der Gewerbeinspektoren das Ueberarbeitsverzeichnis an sich schon die Tendenz der Arbeitsüberwindung der Ueberarbeit hat.

Der Bericht der Provinz über die Durchführung der Verordnung enthält eine Tabelle, nämlich die Zeit vom 1. April bis zum 30. November 1909. Es sind 7 1/2 Millionen Ueberstunden verzeichnet worden. Erster ist die Zahl der wirklich geleisteten noch weit größer. Sondernar wußt die Regelmäßigkeit, mit der die Beamten darüber berichten, wie die Arbeiter so gerne Ueberstunden machten. Fingert es ist eine gegenläufige Ansicht von Arbeitern in den Provinzen der Provinz gekommen. Das ist verständlich. Daß die Unternehmer lieber Ueberstunden machen lassen, als daß sie den Lohn

erhöhen, ist ja bekannt, aber deren Ansichten und Wünsche sind doch nicht die Ansichten der Arbeiter. Soweit die Arbeiter selbst ihre Uneigentlichkeit zu Ueberstunden betreiben, ist dies eben ein Beweis dafür, daß die regulären Löhne zu gering sind. Es würde sehr interessant, wenn im nächsten Bericht der Fabrikinspektoren der reine Arbeiterlohn ohne alle Mehrarbeit ermittelt und mitgeteilt würde. Selbstverständlich muß die Schutzverordnung auch gegen den Widerstand unvernünftiger Arbeiter durchgeführt werden.

Die Durchführung der Schutzverordnung hat auch einige gute Nebenwirkungen gehabt. So fanden sich „Unstimmigkeiten“, die aus der Arbeitsordnung bei der Gelegenheit verschwanden. Vielfach wurde festgestellt, daß entgegen den Bestimmungen der Schutzverordnung des Sonntags gearbeitet wurde. In einigen Werken wurde auch für Nebenbetriebe, die nicht unter die Verordnung fielen, doch der Sonntagsarbeit und entsprechende Pausen eingeführt. Für bestimmte Gruppen von Arbeitern, die während der Pausen in der Nähe der Arbeitsstätte bleiben müssen, sind Aufenthaltsräume geschaffen worden.

Neben der Mehranstellung von Beamten ist für die Folge vor allem eine einheitliche Durchführung und Auslegung der Schutzverordnung zu verlangen. Wo Arbeiter während der Pausen in der Nähe der Arbeitsstätte bleiben müssen, darf in der Regel auch keine Aufsichtsbearbeit verlangt werden. Vor allem aber ist die „w a n d e r e S c h i c k t“ zu vermeiden, sie könnte höchstens für „Nofälle“ in Betracht kommen. Wo aber „Nofälle“ nicht nachweisbar sind, da darf außer den regelmäßigen Wechselschichten keine Schicht länger als 16 Stunden einschließlich der Pausen dauern. So verlangt es der Sinn der Schutzverordnung. Die Ausnahmewillkürungen bezüglich der Pausen können ganz wegfallen. Das bunte Bild der Jahresberichte beruht es. Wenn es mit der einmündigen Pause in dem einen Betrieb geht, warum nicht in dem anderen der gleichen Art. Weg mit allen Ausnahmen!

Wir verlangen aber nicht nur die strikte Durchführung der Verordnung, sondern eine sehr wesentliche Erweiterung derselben. Vor allem den Achthunderttag für die Feuerarbeiter. Schon jetzt sind Anträge zu ihm auch in Deutschland vorhanden, wenn auch nur ganz spärliche. Nach den Mitteilungen der Gewerbeinspektoren haben wir folgende Tabelle zusammengestellt:

Es arbeiten in achthündigen Schichten:

| Regierungsbezirk | Art der Betriebe | Zahl d. Arbeiter |
|----------------------|--------------------|------------------|
| Oppeln | Walzwerk | 580 |
| | Gemischter Betrieb | 155 |
| Magdeburg | Walzwerk | 280 ¹ |
| Osnabrück und Aurich | Hochofenwerk | 114 |
| | Kokerei | 40 |
| Amsberg | Walzwerk | 415 |
| | Gemischter Betrieb | 470 |
| | | 45 ² |
| Rohlfen | Walzwerk | 268 |
| Düsseldorf | | 166 |
| Trier | | 172 |
| Machen | Hochofenwerk | 42 |
| Zusammen | | 2697 |

¹ In Wechselschichten, halb acht, halb zwölf Stunden. ² Ein Teil davon in sechsständigen Schichten.

Also ganze 2697 Hütten- und Walzwerkleute arbeiten in achthündigen Schichten. Immerhin: der Anfang ist da, es gilt nun die Verallgemeinerung.

Von Machen wird, wie schon bemerkt, berichtet, daß dort in den Puddelwerken der Werktagbetrieb „gegenwärtig“ in der Regel am Sonnabend abend um 6 Uhr aufhört, was „zum Teil“ (also demnach nicht ganz! X.) auf die ungunstige Geschäftslage zurückgeführt wird. Auch das ist ein Anfang, bei dem nach Verallgemeinerung getrieben werden muß. Was in anderen Ländern geht, muß und wird auch in Deutschland möglich sein. Schluß des Betriebes Samstag abend um 6 Uhr, in der folgenden Nacht die Reparaturen; dann kann der Sonntag viel mehr wie jetzt freibleiben. Dieses Ziel ist zu erstreben. Die achthündige Mindestruhezeit der Verordnung, wobei auch bei straffloser Anwendung noch 16 Stunden möglicher Arbeitszeit bleiben, ist viel zu knapp bemessen. Die Ruhezeit muß mindestens 12 bis 14 Stunden betragen, auch bei „Nofällen“ müssen der Arbeitszeit Grenzen gesetzt sein. Auch die regelmäßigen Wechselschichten sind als Ueberarbeit zu buchen. Für jede Ueberarbeit ist ein Ersatzruhetag gesetzlich festzusetzen. Das Anwendungsgebiet der Schutzverordnung ist zu erweitern.

Der Hütten- und Walzwerkarbeiter haben große Aufgaben. Je eher diese Arbeitergruppen in Massen den Weg zum Deutschen Metallarbeiter-Verband finden, um so leichter wird ihnen die Durchführung dieser Aufgaben werden.

Die Zeit ist erfüllt!

Wie sehr ein durchgreifender Schutz der Hütten- und Walzwerkarbeiter selbst bürgerlichen Schriftstellern zeitgemäß erscheint, ersehen wir zum Beispiel auch aus dem Buch „Eisenhütte“, in dem Oskar Stilleich den volkswirtschaftlichen Teil also schreibt: „Die Stellung der menschlichen Arbeit hat sich mit der zunehmenden Automatisierung des Betriebes im Eisenhüttenwesen prinzipiell verändert. Auf die sozialen Verhältnisse der Arbeiter in der Eisenhüttenindustrie ist an dieser Stelle nicht näher eingegangen worden, aber wer sie kennt, wird sie kaum beneiden. Vielleicht ist jetzt bereits die Stunde da, die uns zum Nachdenken darüber auffordert, ob nicht an Stelle der lediglich vom Profit beherrschten Riesenunternehmungen ein anderes System zu treten berechtigt ist, das auf die Menschen etwas mehr Rücksicht nimmt, als auf eine möglichst große Produktion und einen möglichst hohen Gewinn.“

Lohnbewegung auf den Schiffswerften Deutschlands.

Richard Calver über den Kampf.

Seit 16 der von Richard Calver herausgegebenen Zeitschrift Die Konjunktur (Wilm W. 30, Verlag für Sprach- und Handelswissenschaften S. Simon) enthält einen Leitartikel über den Kampf auf den deutschen Werften. Nach einer kurzen Einleitung sagt der Verfasser, wahrheitslieblich Calver selber:

„Ein solches Konflikt unermesslich? Handelt es sich denn um so harte, unüberbrückbare Gegensätze? Gewiß, ohne Kampf kann sich weder der wirtschaftliche noch der soziale Fortschritt vollziehen, aber das Kampfen besteht doch wirklich nicht bloß darin, daß man sich um jeden Preis schädigt, ohne zu bedenken, ob die Differenzen erheblich genug sind, um die Wirkungen und Folgen des Kampfes zu rechtfertigen. Und da muß sich der Volkswirt bei Vergleichen auf andere Gebieten oft wundern, was alles zum Gegenstand einer Klatschfrage gestellt wird! Wenn die Amerikaner durch ihre Spekulation in Baumwolle, Getreide, Kaffee u. f. w. um Millionen über Millionen abnehmen, so lassen wir das im allgemeinen mit einer Gleichgültigkeit über uns hingehen, die beängstigend ist, wenn aber zwischen Arbeitgebern und Arbeitern relativ unbedeutende Differenzen entstehen, so flammert gleich heftige Konjunktur auf und jede nächste und sachliche Erwägung hat in dem Hintergrund zu treten. Das

Entwicklungstendenzen in der neueren Technikerbewegung.

Von Ingenieur Richard Wolbt (Berlin).

II. Der Werkmeister.

Die unterste Stufe der industriellen Verwaltungsbureauftritte nimmt der Werkmeister ein. Er ist auch, historisch betrachtet, als der älteste Fabrikbeamte zu bezeichnen. Entwickelt sich nämlich ein Unternehmen aus den ersten zureichenden Anfängen zu einer Betriebsgröße, in der der Unternehmer nicht mehr als Arbeitskraft allein die technischen, kaufmännischen und organisatorischen Funktionen erfüllen kann, so nimmt er für diese Arbeiten Hilfskräfte in seine Dienste. Der Werkmeister wird Fabrikbeamter, der Unternehmerfunktion ausübt. Aber er ist nur Dienstmann, Angestellter, Lohnarbeiter. Eine im Unternehmerinteresse ausgehende Phrasologie bezeichnet allerdings den industriellen Mittelmann gerne als den „geistigen Mitarbeiter“, dessen Interessen identisch sein sollen mit den Unternehmerinteressen. Die Tatsache, daß diese Vertrauenspersonen am Unternehmenserfolg durch Gratifikationen, Entlohnungen u. dgl. teilnehmen, hat sogar manche gelehrte Leute dazu verleitet, das reine Lohnarbeiterverhältnis in solchen Fällen in Frage zu stellen. In Wirklichkeit handelt es sich hier nicht um eine Form der Gewinnbeteiligung, sondern es sind Förderprämien, die den Angestellten anstreben sollen, auf eine größere Förderung seiner eigenen Arbeit oder der Arbeitsleistung der ihm unterstellten Arbeitskräfte hinzuwirken. Wir müssen die Tatsache also festhalten, daß der Unternehmer hier einem Lohnarbeiter nur Unternehmerfunktionen übertragen hat. Im übrigen spiegelt sich gerade in der Tätigkeit des Werkmeisters das Los des industriellen Mittelmannes in seiner ganzen Klarheit wieder.

Die Leiter der älteren Großbetriebe übertrugen dem Werkmeister fast alle Obliegenheiten der Fabrikationsleitung und Verwaltung. Er hatte sich um die Herbeischaffung von Material zu kümmern, das Magazin zu verwalten, die Fabrikation zu leiten, die Arbeitspreise festzusetzen, auf Verbesserung von Arbeitsmethoden und Werkzeugen zu sinnen und oft sogar die Betriebsführung mit zu übernehmen. Der Meister spielte also im Betrieb eine große Rolle. In den Gründerjahren und nach dieser Zeit, in den Jahren des raschen Aufstiehs solcher Werke wie Krupp, Siemens, Vorfig, Schwarzkopff, sind die ersten praktischen Mitarbeiter der Gründer in einflussreichen Stellungen hineingekommen, oft vollzog sich dann das Advancement: Gehilfe, Meister, Obermeister, mitunter auch Abteilungsleiter.

Dieses System hat zum Zusammenbruch geführt. Die unbeschränkten Funktionen, die man dem Meister übertrug, mußten Mißstände zur Folge haben. Der Werkmeister des alten Schlags war eben für seine Funktionen nicht so verwaltschaftlich vorgebildet, wie es hätte sein müssen. Meisterwirtschaft nennt daher der zünftige Fabrikorganisations alle die Unzulänglichkeiten, die unter dem alten Betriebssystem sich bemerkbar gemacht hatten. Die neue Zeit hat für diese Funktionen eine genügende Zahl von Arbeitskräften hervorgerufen, die dafür geeigneter waren. Der Ingenieur nahm dem Meister immer mehr Funktionen ab, auf der anderen Seite war es der Kaufmann, dem die rechnerischen und kaufmännischen Arbeiten übertragen wurden. Heute hat der Werkmeister nur noch die Aufsicht über den Saal, wenn auch die Arbeiterzahl ungeheuer erhöht wurde. Er bekommt die fertigen Konstruktionspläne für ein neues Fabrikat vom Konstruktionsbureau, die Werkzeuge und Arbeitsmaschinen werden ihm geliefert, die Arbeitsmethoden angegeben, oft sogar detailliert von der Betriebsleitung die einzelnen Arbeitspreise vorgezeichnet. Seine Funktion beschränkt sich auf die Beaufsichtigung der Arbeiter und auf die richtige Verteilung der Arbeiten, damit die Abfertigungstermine eingehalten werden können.

Daß diese Arbeitsleistung für den Werkmeister noch nicht seine höchste Grenze erreicht hat, geht aus neueren Vorschlägen einiger Fachleute hervor. So macht der Amerikaner Taylor, der auf dem Gebiet der Werkstattorganisation als Autorität gilt, den Vorschlag, die jetzigen Meisterfunktionen noch mehr zu spezialisieren und durch diese weiter durchgeführte Arbeitsteilung eine für den Unternehmer vorteilhafte Arbeitskontrolle einzuführen zu lassen. Taylor nennt sein System „Funktionsmeisterarbeit“. Daß es sich hier nicht um ganze Arbeiten handelt, sondern um praktisch verwertbare Anregungen, geht aus der Tatsache hervor, daß laut neueren Mitteilungen aus der Unternehmerrasse die Funktionsmeisterarbeit in deutschen Betrieben mit Erfolg bereits praktisch angewendet worden ist.

Während in der gewöhnlichen Organisation die Arbeiter in Gruppen eingeteilt, stets nur einem Meister unterstehen, von dem sie alle Befehle und Anweisungen erhalten, sind sie in dem neuen System mehreren Meistern gleichzeitig unterstellt, von denen jeder für ganz bestimmte abgegrenzte Gebiete verantwortlich ist und nur in diesen auf den Arbeiter untersteht. Die Arbeiter empfangen zum Beispiel ihre Befehle und Anweisungen in großen Fabriken von acht verschiedenen Meistern. Von diesen halten sich vier zur Beaufsichtigung und Anleitung der Arbeiter stets in der Werkstatt auf, während die anderen vier im Arbeitsbureau sitzen, die schriftlichen Anweisungen für die Arbeiter ausarbeiten und die Anfertigungspläne der Leute über die Arbeitszeiten u. s. w. empfangen. Zu der Werkstatt arbeiten nebeneinander der Vorrichtungsmesser, der Geschwindigkeitsmesser, der Prüfungsmeister und der Instandhaltungsmeister. Die Vorrichtungsmesser haben die Arbeit vorzubereiten und dafür zu sorgen, daß dem Arbeiter die für seine Arbeiten notwendigen Werkzeuge, Vorrichtungen, Hilfsleistungen u. dgl. rechtzeitig geliefert werden. Die Geschwindigkeitsmesser sollen dafür sorgen, daß die herangebrachten Arbeitsgeschwindigkeiten, Schnittstellen und Instandhaltungsarbeiten imangehalten werden, daß der Arbeiter den richtigen Gebrauch von seinen Werkzeugen macht und daß vor allen Dingen die Arbeit in der kürzesten Zeit hergestellt wird. Die Prüfungsmeister sind für die genaue Ausführung der Arbeitspläne nach den vorgezeichneten Maßen verantwortlich und haben die Fertigkeit während und nach der Bearbeitung zu kontrollieren. Die Instandhaltungsmeister sorgen für die Reinhaltung, Schmierung und Wartung der Maschinen, übersehen den Zustand der Antriebsmotoren, Wasserpumpen u. dgl. und helfen auf Reinhaltung und Ordnung im Fabrikhof.

Die vier Meister oder Beamten des Arbeitsbureaus sind der Arbeitsleiter, der Anweisungsbearbeiter, der Zeit- und Kostenbeamte und der Aufsichtsbearbeiter. Der Arbeitsleiter schreibt, nachdem die Reihenfolge der zu erledigenden Aufträge in großer Folge vom Betriebsleiter festgelegt ist, die täglichen Anweisungen, von denen der Arbeiter die Befehle über die Fertigkeiten zu regeln. Diese Anweisungsbefehle sind das Hauptmittel, um die Verteilung der täglich heranzubereitenden Arbeit zu steuern. Der Anweisungsbearbeiter untersteht jedoch der Meister als auch die Arbeiter über alle Einzelheiten der Arbeit, er teilt die Werkzeuge und Arbeitsmaschinen mit, gibt die Anweisungen an, die das betreffende Arbeitspläne zu befolgen hat. Die Übermittlung der Anweisungsbefehle in die Werkstätten und die Befolgung der in der Befolgung der Anweisungen auf freierem Gebietes übernimmt ein Anweisungsbefehlshaber. Der Zeit- und Kostenbeamte regelt die Vorschriften über die Arbeitszeit und die Entlohnungen in die Reiskonten durch die Arbeiter

selbst, sorgt dafür, daß diese Angaben täglich rechtzeitig eingehend und pünktlich an die Reiskonten weitergegeben werden. Der Aufsichtsbearbeiter sorgt für Aufrechterhaltung der nötigen „Disziplin“ und straft bei wiederholter Pflichtverletzung. Er prüft die eingelaufenen Beschwerden, setzt die Strafen für Zuspätkommen fest und spricht das letzte Wort über etwaige Veränderungen der Lohnsätze.

So ist alles, was bisher ein Meister „erledigen“ hatte, unter die „Funktionsmeisterarbeit“ — in diesem Falle acht Personen an der Zahl — aufgeteilt. Drei Beamte im Arbeitsbureau bereiten die ganze Arbeit vor und geben die Direktiven, vier Ausführungsmeister sorgen für die Vollbringung der Arbeit nach der gegebenen Anweisung und der nötigen Geschwindigkeit, und ein Aufsichtsmesser ist für die Ordnung in der Werkstatt verantwortlich. Durch diese Einteilung erreicht es der Unternehmer, daß die acht Meister, weil sie parallele Funktionen haben, sich auch gegenseitig kontrollieren und anspornen. Jeder Meister hat seit bestimmten Penum vorwärtsmäßig zu leisten, jeder Arbeitsfehler oder jede Unregelmäßigkeit muß von den anderen Kollegen dem Betriebsleiter gemeldet werden. Die einzelnen Funktionen greifen so kunstvoll ineinander ein, daß jede Störung im Arbeitsprozeß sofort zutage tritt.

Es sind also raffinierte Methoden, nach denen man versucht, den Meister als Arbeitsfunktionär auf die Arbeiter loszuheben, ihn selbst aber in eine subalterne Stellung einzuplanzen. Der Werkmeister nimmt daher unter den industriellen Beamten eine höchst unbedeutende Position ein. In seiner Pufferstellung zwischen den Arbeitern und der Direktion wird er nach keiner Seite hin geschätzt. Von den Arbeitern gehaßt, weil er ihnen im Auftrag der Direktion als Antreiber entgegentritt, betrachtet ihn der Unternehmer selbst doch nur als seinen Lohnslaven. Seine Stellung ist dauernd ungewiß, trotz seiner Rindigungsfrist schwebt auch über ihm ständig das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit. Sehr schmerzhaft ist es dann für ihn, eine neue Stellung zu erhalten, da er nur auf ein bestimmtes Spezialgebiet eingearbeitet ist. Bei einem Uebertritt in eine andere Firma muß er Empfehlungen aus seiner früheren Tätigkeit aufweisen, gewissermaßen ein Führungsattest vorlegen. Der neue „Dienstherr“ verlangt nicht nur, daß der Meister sein Fach versteht, sondern er soll auch eine gute Geinnung mitbringen, unternehmerischer zu Kapital, Vaterland und Reich halten. Wie könnte er sich sonst in seiner Funktion im Interesse des Unternehmers bewähren?

Als Organisation kommt für die Werkmeister der Deutsche Werkmeisterverband in Frage, der seinen Sitz in Düsseldorf hat und jetzt circa 52 000 Mitglieder zählt. Trotz dieser großen Zahl ist der Verband doch sozialpolitisch unaktiv geblieben. Man hat sich auf reine Kasinopolitik und Wohlfahrtspflege beschränkt. Rückständigkeit der Ansichten, Jaghaftigkeit und Unentschlossenheit war von jeher das Kennzeichen der Werkmeisterbewegung gewesen. Die Verbandstätigkeit ist in der Regel das Spiegelbild des geistigen Lebens einer Berufsorganisation; man braucht sich daraufhin nur die Deutsche Werkmeister-Zeitung anzusehen, um die ganze Trägheit dieser Verbandsarbeit begreifen zu können. Selbst der Reichstagsabgeordnete Botthoff, der wahrhaftig ein Kompromißpolitiker ist, war den Herren in Düsseldorf neben anderen Gründern zu „schal“, so daß sie ihn als Syndikus ihres Verbandes vor einiger Zeit zur Niederlegung seines Amtes gezwungen haben. Der große Deutsche Werkmeisterverband hat bis jetzt trotz seiner numerischen Stärke den realistischen Fühler der Technikerbewegung gebildet und sich mit seinen gestülften Kassen als Bleigewicht an die Arbeiten der übrigen Angestelltenverbände gehalten.

Ein Frontwechsel der fortgeschrittenen Verbände dem Werkmeisterverband gegenüber ist auch hier aus Gründen der Selbsterhaltung über kurz oder lang notwendig. Bisher hat man ein fremdnachbarschaftliches Verhältnis zu dem Werkmeisterverband aufrechterhalten. Um Grenzstreitigkeiten zu vermeiden, galt die Verabredung, Werkmeister als Mitglieder in andere Technikerverbände nicht aufzunehmen. So gerechtfertigt dieser Beschluß vielleicht vor einigen Jahren war, so ergibt sich unter den heutigen Verhältnissen eine Veränderung der Lage. Man müßte den Beschluß revidieren, das heißt die jungen Werkmeister selbst den anderen Verbänden zuzuführen, um dem alten Verband den Zutritt junger Kräfte abzusperren. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft, dieses Wort gilt auch hier. Mögen die alten Herren, die den Lauf der neuen Zeit nicht mehr begreifen können, unter sich bleiben und totales in der bisherigen Weise weiter vegetieren. Auf die Dauer läßt sich eine Interessendiversion der Werkmeister nicht so durchführen, wie sich das die alten erbeingewesenen Vorstandsmitglieder in Düsseldorf denken. Der Werkmeister wird eben immer klarer in ein abhängiges Lohnarbeiterverhältnis gedrängt und muß infolgedessen in seinem Verbandsleben Arbeiterpolitik treiben. Darüber sind die Zeiten, in denen der Werkmeister noch der Vertrauensmann des Unternehmers war und als solcher behandelt wurde. Je weiter wir in der industriellen Entwicklung vorwärts schreiten, um so größer wird durch die moderne Organisation der Arbeit auch seine Abhängigkeit im Betrieb. Er kann sich nur in seiner Stellung als Puffer zwischen Direktion und Arbeiter behaupten, wenn er sich als das fühlt, was er ist, nämlich auch als Lohnarbeiter. Er wird durch die ganze Entwicklung ebenfalls in eine Kampfsituation zum Unternehmer hineingetrieben und muß seine wirtschaftliche Selbstverdrängung in gewerkschaftlichen Verbandsformen suchen. Rißt sich die Harmonieorganisation des Deutschen Werkmeisterverbandes nicht von innen heraus zu einer Gewerkschaft umformen, dann steht diesem Berufsverein das gleiche Schicksal bevor, wie dem Deutschen Technikerverband. Eine Gegenorganisation wird gegründet, eine jüngere Richtung, die sich der alten Bewegung als eine sehr gefährliche und erfolgreiche Gegenbewegung erweist.

Sozialpolitik der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven.

Eine große Umwälzung im Produktionsprozeß hat in den letzten Jahren die Entwicklung der Schiffbauindustrie mit sich gebracht. An Stelle der menschlichen Arbeitskraft sind die hydraulischen und pneumatischen Werkzeuge, Konstrukte u. s. w. getreten. In verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne jede weitere Vorbildung lernt heute der Maschinenwinder mit den pneumatischen Werkzeugen arbeiten. Beim Ueberzug vom Holz zum Eisenstiftbau wurden allgemein Reifeisenschneide- und Schneide-, also Leute, die eine mehrjährige Lehrgang hinter sich hatten, als Arbeiter und Stenmer ausgebildet, später kamen fast ausschließlich nur noch ausgebildete Arbeiter hierzu herangezogen. Daher rechnete sich die große Zahl der ungelerten Arbeiter und ungelerten Angelernten auf der Werft.

Wah die Kaiserliche Werft Wilhelmshaven hat seinerzeit einen großen Teil ihrer Schneide- und Stenmer ausgebildet. In den neunziger Jahren, wo der gelehrte Eisenstiftbauer der jüngeren Generation noch nicht existierte, machten die Meister ihren ganzen Einfluß geltend, die Schneide- und Stenmer ihre Beschäftigung am Feuer anzugehen und als Arbeiter und Stenmer aus Schiffsbau überzutreten. Die Entlohnungsverhältnisse blieben

dieselben, und so kamen Hunderte der Aufzucht, umzufallen, nach. Während es die Ungelernten in ihrem neuen Beruf durch langjährige Tätigkeit zur größten Fertigkeit brachten, wurden sie natürlich ihren früheren gelernten Berufen vollständig entlehnt. In der Entlohnung hielten diese Arbeiter mit denen ihres ursprünglichen Berufes nahezu gleichen Schritt, dagegen ist der Lohn der eigentlichen Arbeiter und Stenmer seit 10 bis 12 Jahren derselbe geblieben. Er beträgt für diese Arbeiterkategorien 38 bis 43 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Gerade hier, wo die Arbeit unter den unenschlichsten und aufreibendsten Anstrengungen zu verrichten ist, ist die Entlohnung eine ganz miserable und die Gleichstellung der Arbeiter und Stenmer mit den sogenannten qualifizierten Arbeitern eine unbedingte Notwendigkeit. Große Hoffnungen setzten die Arbeiter auf den im April neu herausgegebenen Lohnarif. Dieser brachte aber die von den Arbeitern und Stenmern erhoffte Eingliederung in die Klasse der Schneide- und Schloffer nicht, sondern es wurde den älteren Arbeitern eröffnet, daß sie den Lohn ihres früheren Berufes nicht weiter erhalten könnten. Dieser würde ein solches gekürzt, daß er mit dem im Lohnarif für Arbeiter und Stenmer vorgesehenen gleichförmig, eine Maßnahme, die als brutal bezeichnet werden muß, da es am Schluß der neuen Lohnklassentabelle vom 22. März 1910 heißt: „Personen, welche zurzeit einen höheren Lohn beziehen, behalten ihn bis an ihr Lebensende.“

Der angekündigte Drohung folgte bald die Tat. In der zweiten Hälfte des April wurde 70 Arbeitern und Stenmern der Lohn um 3 und 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gekürzt. Dieses Vorgehen sollte alle Arbeiter betreffen, die zu ihrem früheren Beruf wegen 10- bis 20jähriger Entlohnung nicht mehr zurückkehren wollten oder darin nicht mehr genügend leistungsfähig waren. Die für diese unerhörte Maßnahme angegebenen Gründe schlugen jeder Humanität ins Gesicht. Zunächst wurde erklärt: Wir müssen die Löhne reduzieren, sonst erhalten wir keine Neubauten mehr. Es scheint den oberen Werftbeamten also nur daran zu liegen, billiger zu arbeiten, und nach ihrer Ansicht verteuern die Schiffe nicht die kostspieligen Experimente, nicht die schwerfällige Betriebsweise, nicht das große Heer von Beamten, sondern nur die hohen Arbeiterlöhne. Von den Arbeitern, die darauf bestanden, wieder zu ihrem früheren Beruf zurückzukehren, wurde die Ablegung einer Prüfung verlangt. Dabei hat man offensichtlich das Bestreben an den Tag gelegt, die Examinanden durchfallen zu lassen, denn es wurden zunächst die Ältesten ausgesucht, die 25 Jahre und darüber nicht mehr am Feuer gearbeitet hatten. Von diesen die Anfertigung einer schwierigen Arbeit nach Zeichnung zu verlangen, verrät zu deutlich den Zweck der verlangten Prüfung. Mit einem dergleichen System, die Arbeiterlöhne zu drücken und diese Arbeiter loszuwerden, hat die Kaiserliche Werft sich inhumaner als der schlimmste Privatkapitalist gezeigt. Mit diesen Vorkommnissen beschäftigte sich im Mai der Arbeiterausschuß. Er richtete an das Reichsmarineamt eine Eingabe, von den vorgekommenen Lohnreduzierungen Abstand zu nehmen und die bisher gezahlten Löhne an die in Frage kommenden Arbeiter bis zu deren natürlichem Abgang weiterzuzahlen. Obwohl bereits vier Monate verstrichen sind, ist bis jetzt noch keine Antwort darauf eingegangen, jedoch wurde die Maßnahme der Werft immer weiter ausgedehnt. Eine solche Brückentückung des Arbeiterausschusses, durch den die Wünsche der Arbeiter weitergehen müssen, paßt herrlich zu der viergerühmten Sozialpolitik eines deutschen Verwaltungsreferats.

Inzwischen hat die Werft ihre inhumanen Handlungsweise weiter fortgesetzt. Nach wie vor werden die in Betracht kommenden Arbeiter, die zum größten Teil 20 bis 40 Jahre im Staatsdienst beschäftigt sind, aufgefordert, sich der Prüfung zu unterziehen. Aber genau so, wie es unmöglich ist, von einem Obermeister, Werkmeister oder Techniker, die jahrzehntelang nicht mehr praktisch tätig waren, zu verlangen, in der Praxis heute noch vollwertig ihren Mann zu stehen, ebensowenig kann das die Vernunft von den bejahrten Schneidern, die ebenfalls jahrzehntelang vom Feuer fort sind, fordern. Das Resultat der Prüfung ist dazwischen, daß bereits eine große Anzahl Arbeiter von einer Lohnkürzung betroffen worden sind. Würde ein Privatunternehmer so vorgehen, wie es hier ein Staatsbetrieb sich erdreistet, dann wäre die Arbeitsniederlegung die unvermeidliche Folge. Hier läßt leider bis jetzt noch die Arbeiterschaft mit der Faust in der Tasche alles über sich ergehen. Aber wie lange noch, und ein Funken bringt auch dieses Pulverfaß zur Explosion. In einer Zeit, wo alle zum Lebensunterhalt nötigen Produkte und Bedarfsartikel bis zur Unerschwinglichkeit im Preise gestiegen sind, wo der Arbeiter unter der unerhört drückenden Steuerlast leidet, kommt ein Staatsbetrieb herbei und beglückt eine ganze Kategorie von Arbeitern mit Lohnkürzungen. Magoreser kann wahrlich der schärfste Privatkapitalist nicht vorgehen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, diese Maßnahme der breitesten Öffentlichkeit und den Vertretern des Volkes im Reichstag mitzuteilen, um auf diesem Wege dem Vorgehen der hiesigen Werft Einhalt zu gebieten. Anstatt die Löhne aufzubessern, um die durch die ungerechte Besteuerung verärmtesten Existenzbedingungen zu paralisieren, kommt hier eine staatliche Behörde herbei und drückt das Einkommen einer ganzen Kategorie noch mehr herab. Eine größere Veröhnung der Arbeiter ist wirklich nicht denkbar.

Monteurausbildung und Scharfmacherpläne.

Ueber dieses Thema regen sich seit längerer Zeit einige Gemüter im Elektrotechnischen Anzeiger auf. Alle Zuschriften klagen über einen starken Mangel an „wirklich tüchtigen“ Elektromonturen und man merkt ganz deutlich, von welcher Seite diese Klagen besonders stark kommen, selbst dann, wenn man „Männer aus der Praxis“ reden läßt. Der Weisheit letzter Schluss war bisher nur immer der: bessere Schulung der Elektromonteur, strenge Ausbildung aller herbei, die keine Prüfung bestanden haben u. s. w. Daß die Erhaltung tüchtiger Arbeitskräfte auch in der elektrotechnischen Installationsbranche eine Aufgabe ist, dürfte jedem klar sein. In der Polemik des Elektrotechnischen Anzeigers ist indessen davon nicht oder nur so nebenbei die Rede.

Es wäre nun eigentlich kein Grund vorhanden, sich an den Erörterungen über diese Frage zu beteiligen, obwohl es nicht schaden könnte, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen der beruflichen Ausbildung noch mehr Interesse entgegenbrächten. Nun veröffentlicht aber ein gewisser A. S. in Nr. 57 des Elektrotechnischen Anzeigers einen Artikel über Monteurausbildung, der im Interesse der Organisation der Elektromonteur nicht unbedenklich bleiben darf.

Der Artikelreiber behandelt eingehend kurz die Gründe, die zu einem fühlbaren Mangel an tüchtigen Leuten führten, bespricht die Ausbildungstufen privater und öffentlicher Art und kommt zu dem Schluß, daß die letztgenannten nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten. Den Weg zum Erfolg — natürlich nur für die Unternehmer — sieht der Artikelreiber einzig und allein in der Selbstausbildung der Monteur durch die Firmen in den einzelnen Spezialgebieten ihres Betriebes. Das können selbstredend nur mittlere und größere Betriebe sich leisten, die denn auch schon heute bis zu einem gewissen Grade sich darin betätigt haben. Um nun zu verhindern, daß die so ausgebildeten Monteur sich zur Konkurrenz begeben,

Sollen sie unter dem Versprechen günstiger Aussichten, höheren Verdienstes, größerer Selbständigkeit u. s. w., „durch längere Dienstverträge oder sonstige Verpflichtungen beziehungsweise Abmachungen genügend lang an den gleichen Arbeitgeber gefesselt werden.“ Der Artikelsschreiber hält diese Maßnahmen also zur Verhinderung des Uebergehens zur Konkurrenz notwendig und schreibt dann wörtlich weiter: — wenn sich nicht jene Lehrherren, ähnlich wie es in allen handwerksmäßig zu erlernenden Gewerben durch die Lehrverträge geschieht, auch durch entsprechende rechtsgültige Abmachungen gesichert und dadurch jeden von ihnen angelehrten Monteur auf entsprechend lange Zeit für ihren Dienst verpflichtet haben.“

Dann wird der Plan weiter gesponnen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Zahl der Auszubildenden ähnlich der Handwerkslehrlinge eine begrenzte sein müßte.

Die hier zum Ausdruck kommenden Ansichten richten sich ganz von selbst gegen die mittleren und kleineren Unternehmer, die sich derartige kostspielige Ausbildungen nicht leisten können und daher mit minderwertigen Arbeitskräften fürlieb zu nehmen hätten. Über auch nach einer anderen Seite hin handelt es sich hier um recht bedenkliche Pläne. Man weiß, wie mächtig sich die großen Elektrizitätsfirmen gebärden, man kennt die Bestrebungen auf möglichst vollkommene Konzentration und nun sollte die Bindung bestimmter Arbeitergruppen noch ein Mittel zum Zweck der Vorherrschafft dieser gewaltigen Kartelle werden. In dem Artikel ist schon davon die Rede, daß die Zahl der so ausgebildeten nur eine beschränkte sein dürfe. Damit ist gegeben, daß man einer Reihe ungelerneter und — sagen wir mittelmäßiger — Arbeiter nicht entbehren kann. Die Zahl der beiden letzten Gruppen ist nun in der deutschen Elektrizitätsindustrie sehr groß. Nun weiß man aber aus Erfahrung, daß bei allen Anlässen die leitenden oder die Obermonteure eine ausschlaggebende Rolle spielen. Stellt man sich dazu noch vor, daß neben den genannten sich auch noch andere Monteur befinden, die eine Ausbildung durch die Firma genossen, sich auf Jahre gebunden und so sich ihres Koalitionsrechts begeben haben, so ist es nicht schwer zu erraten, wie außerordentlich niedrig die sogenannten ungelerneten und nicht ausgebildeten Monteur im Lohne gehalten werden können.

Es ist aber nicht bloße Mutmaßung, die zuletzt geäußert wurde; in greifbarer Gestalt rückt der Artikelsschreiber diesen Zustand näher mit folgenden Ausführungen: „Wenn diese Betrachtungen auch nur eine Anregung sein sollen und sich gewiß auch manches dafür und manches dagegen sagen läßt, so muß doch daran festgehalten werden, daß es dem Elektrizitätsstand besonders not tut, daß zwischen ungelerneten, mehr oder weniger verständnislosen Hilfsarbeitern und sachgemäß ausgebildeten, praktisch erfahrenen Monteuren, gleichviel welcher Spezialgebiete der Elektrotechnik, eine große Kluft liegt, die künftig entstehen noch mehr als es leider zurzeit geschieht, in der Bezahlung zum Ausdruck kommen sollte, damit diesem Stande gute Kräfte erhalten bleiben und minderwertige von ihm ferngehalten werden.“

Nun weiß man nur zu gut, wie würdig es mit den Löhnen in der Elektrizitätsindustrie im allgemeinen bestellt ist, wie selbst qualifizierte Arbeiter ungenügend bezahlt werden. Daß trotz dieser „edlen“ Bestrebungen der Lohnsatz der qualifizierten Arbeiter nicht besonders steigen dürfte, ist nach den bisherigen Erfahrungen sicher anzunehmen. Welchen Wert aber sollen dann die leihzitterten Worte haben? Doch keinen andern, als daß den unteren Arbeitergruppen die denbar niedrigsten Löhne angeboten werden, daß man planmäßig die Arbeitsverhältnisse verschlechtert. Dadurch aber, daß man sich die tüchtigsten gebunden hat, können sich die unteren Lohnskalen nicht mehr rühren und regen, sondern müssen sich bedingungslos dem Kapitalismus ausliefern. Der Artikelsschreiber meint nun noch zum Schluß, daß auch die Elektromonteur selbst solches erstreben würden. Ob er wohl glaubt, daß sich diese selbst den Strick um den Hals legen?

So verhält man denn unter dem Deckmantel der Monteur- ausbildung eine Masse gefügiger Elemente zu erziehen, mit deren Hilfe man den übrigen Arbeitern alles bieten kann. Der Plan ist fein und tüchtig geponnen. Wenn es auch — um mit dem Urheber zu reden — nur Anregungen sein sollen, die Art der Darlegung spricht dafür, daß man hier doch ernst an der Arbeit ist. Das ist für die gesamte Arbeiterschaft der elektrotechnischen Industrie, besonders für die Monteur und die Helfer, Grund genug, sich zu organisieren, bevor noch die Macht der übermächtigen Konzerne sie unanfsatz aus dem Traume rüttelt.

Das Genossenschaftswesen.

[?] Wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird der Internationale Sozialistenkongreß zur Genossenschaftsbewegung in ihrer Beziehung zu den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder Stellung genommen haben. In Magdeburg steht diese Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des September noch bevor, während zwischen diesen beiden Parteitagungen in der ersten Woche des September ein internationaler Genossenschaftskongreß in Hamburg stattfindet. Die Genossenschaftsbewegung der verschiedenen Länder steht also vor einem wichtigen Zeitabschnitt. Sie ist aus der bedeutungslosen Wertigkeit, die ihr seit den Zeiten Lassalles haften geblieben ist, in die Reihe der bedeutungsvollen wirtschaftlichen Erscheinungen vorgeführt. Schuld daran ist nicht etwa die theoretische Erkenntnis von der Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation, sondern schuld daran sind die wirtschaftlichen Tatsachen, die durch die Genossenschaften ins Leben gestellt worden sind. Nun handelt es sich darum, die Konsequenzen dieser Tatsachen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu ziehen, die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften und ihre Tendenz festzustellen und in diesem Zusammenhang die politische Neutralitätsfrage zu erörtern.

Durch die bereits ausgiebig gewordene Preßhefte der Partei- klätter und genossenschaftlicher Organe ist als bekannt vorauszusetzen, welche Stellung die deutsche sozialdemokratische Partei auf den Parteitagen in Berlin (1892) und Hannover (1899) eingenommen hat. Die mehr abweisende Haltung der Berliner Parteitagresolution wurde durch die wohlwollende Neutralität der Resolution von Hannover ersetzt. Seitdem hat die konjunktionsgenossenschaftliche Entwicklung in Deutschland, um die es sich in der Hauptsache handelt, eine außerordentlich starke Ausdehnung in organisatorischer und wirtschaftlicher Beziehung genommen, mit der — was man nicht immer bei großen Bewegungen beobachten kann — eine Vertiefung des Fidejussoriums Hand in Hand ging. Die 300 000 Mitglieder der Konjunkturvereine im Jahre 1899 sind auf 1 1/2 Millionen angewachsen, der Jahresumsatz ist von 200 Millionen auf 450 Millionen, die Rückvergütung (so genannte Dividende) von 20 auf 30 Millionen gestiegen und noch immer dauert diese Entwicklung an. Dazu sind die Konjunkturvereine in stärkerem Maße zur Warenherstellung in eigenen Betrieben (so genannte Eigenproduktion) übergegangen (1903: 20 Millionen, 1909: 60 Millionen Mark), haben ein ideales Kooperationsverhältnis mit den deutschen Gewerkschaften auf materieller Grundlage (Zarftverträge) hergestellt und so sich bei der Arbeitermassen selbst in natürlicher Entwicklung unauffällig Bahn gebrochen, nachdem die referierte Haltung der Partei in reinen Arbeiterkreisen eine lange Zeit der Stagnation bezeugte.

Dieser Entwicklung hat zweifellos die Haltung des deutschen Konjunkturvereins gegenüber den politischen Parteien vorgearbeitet.

Die politische und konfessionelle Neutralität der deutschen Konjunkturvereine ermöglichte die ungehinderte Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Anziehungskraft und auch der Zentralverband deutscher Konjunkturvereine, der im Jahre 1902 gegründet wurde, hat diesen Standpunkt aufrechterhalten. Dies ist um so bemerkenswerter, als dieser Verband, der seiner wirtschaftlichen und organisatorischen Bedeutung nach drei Viertel der deutschen Konjunktionsgenossenschaften umfaßt, gegründet wurde, nachdem auf Betreiben des Anwalts Dr. Erlicher vom Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschafts- genossenschaften gegen 100 Konjunkturvereine wegen angeblicher politischer Tendenzen aus dem Allgemeinen Verband ausgeschlossen worden waren. Die Mehrzahl der deutschen Konjunkturvereine, einschließlich derjenigen, deren Konstitution dem Begriff der reinen Arbeiterkonjunkturvereine keineswegs entspricht, schloßen sich dem neuen Verband an und dokumentierten damit, daß die Neutralität des Konjunkturvereinswesens eine gegebene Sache sei. Dabei war wieder das Bestreben der Gegner, das Konjunkturvereinswesen politisch zu demütigen, um es wirtschaftlich zu schädigen, noch ein etwaige Furcht vor der Sozialdemokratie irgendwie maßgebend, sondern die einfache Erwägung, daß der vorgelegte Zweck des Konjunkturvereinswesens in erster Linie ein wirtschaftlicher und daher allgemein sozialer sei, und deshalb keine Einigung durch politische Doktrinen ertrage, ohne seinen Wesenszweck zu schädigen. Mit einem Wort: im Zentralverband deutscher Konjunkturvereine wird die Frage der Neutralität nicht als eine taktische, sondern als eine grundsätzliche angesehen. Daß die „geheilten Hindernisse“, die im Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Internationalen Kongreß als Hinderungsgrund für den Anschluß an die Partei angegeben wurden, lediglich den äußeren Zwang für den Grund- satz der Neutralität des deutschen Konjunkturvereinswesens abgeben, weiß jeder mit dem Wesen der Konjunkturvereine vertraute Genossenschaftler. Dieser äußere Zwang wurde nie als solcher empfunden, weil er dem Wesen der Sache, um die es sich handelt, vollkommen entspricht. Er bewirkte wohl auch, daß nach Kreuznach polemische Auseinandersetzungen über die Neutralitätsfrage innerhalb der deutschen Konjunkturvereine so gut wie nicht stattfanden und eine weitere Zerpfaltung von vornherein, die sonst leicht schon bei der Gründung des Zentralverbandes hätte eintreten können, bis heute vermieden worden ist. Es ist kaum nötig, zu sagen, daß eine Zerpfaltung aus solchen Gründen auch die Anziehungskraft des Konjunkturvereinswesens im Allgemeinen wesentlich hätte beeinträchtigen müssen.

Wenn nun in Kopenhagen und später in Magdeburg aufs neue zu diesen Fragen Stellung genommen wird, und zwar: 1. über die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften hinsichtlich ihrer Tendenz, 2. über die der politischen Neutralität, wird man schwerlich die bisherige Entwicklung und die für diese Entwicklung maßgebenden Grundtatsachen negieren können. Zweifellos ist der Wesenscharakter der Genossenschaften antikapitalistisch, denn ihre gemeinsamen Resultate sind von wirtschaftsdemokratischen Organisationen geschaffen und dem privatkapitalistischen Charakter unseres Wirtschaftslebens entgegengesetzt. Eine Summe sozialistischer Symptomata durchzieht den Wirtschaftskörper der Genossenschaften, besonders der Konjunkturvereine, und macht sie immun gegen kapitalistische Tendenzen; was wiederum nur ihrem Wesen entspricht. Diese Tatsachen liegen so sehr auf der Hand, daß es darüber weder jetzt noch auf dem Internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß, noch auf dem Magdeburger Parteitag großer Auseinandersetzungen wird bedürfen.

Anders steht es mit der Frage der politischen Neutralität der Genossenschaften beziehungsweise der Konjunkturvereine, die man allmählich schlechthin als Arbeitergenossenschaften ansieht, obwohl ihre Konstitution diesem Begriff nur unvollkommen entspricht. Es ist zwar richtig, daß die deutsche Konjunktionsgenossenschaftsbewegung von den Arbeitermassen vermöge ihrer Zahl getragen wird, aber nicht weniger richtig ist, daß von der zahlenmäßigen Beteiligung an einer Sache deren Charakter allein nicht abhängig gemacht werden kann. Gehören nun heute in manchen Bezirken Deutschlands nicht weniger denn 10 bis 20 Prozent der Konjunkturvereinsmitglieder den Beamten-, Handwerker- und sonstigen bürgerlichen Mittel- und Erwerbsständen an, ja gibt es sogar eine nicht zu unterschätzende Zahl von reinen Beamtenkonjunkturvereinen, so führt es nur zu schiefen, der Sache nicht gerecht werdenden Auffassungen, von Arbeitergenossenschaften schlechthin zu reden, wenn es sich um das Konjunkturvereinswesen im Allgemeinen handelt. Und da die Beschlässe der Arbeiter- und Parteilongresse für das Konjunkturvereinswesen schlechthin, das heißt im allgemeinen von Bedeutung sein sollen, ist es notwendig, sich die wirkliche Konstitution des Konjunkturvereinswesens als Wirtschaftsorganisation der Allgemeinheit der Bevölkerung vor Augen zu halten, wodurch der Unterschied zu den Gewerkschaften als wirtschaftlichen Klassenorganisationen ohne weiteres klar wird, dadurch aber auch Mißgriffe, die nur von einer schiefen Vorstellung des Charakters der konjunktionsgenossenschaftlichen Organisation ausgehen können, vermieden werden. Da und dort wird von der Parteipresse geteilt, daß es sich darum handeln müsse, die „Kongressgenossenschaftler“ und die „Ueberneutralität“ mauselet und die Konjunkturvereine zu einem Instrument des politischen Klassenkampfes zu machen und dabei nur die Vorherrschaft zu gebrauchen, die die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes notwendig machen. Diese „Kongressgenossenschaftler“ und „Ueberneutralität“ hat aber eine verdammt Ähnlichkeit mit der feinerzeitigen Simulation über „Kongressgenossenschaftler“, die man den Führern der Gewerkschaftsbewegung vorwarf, weil sie die absolute Selbständigkeit und in diesem Sinne parteipolitisch neutrale Haltung als Grundlage der Gewerkschaftsentwicklung betrachteten, auch, weil nativ politische Gemüter befürchteten, die Gewerkschaftsführer könnten eine eigene politische Taktik einführen und verfolgen wollen. In Deutschland ist diese Spezies der „Kongressgenossenschaftler“, womit der Begriff verbunden sein soll, die kapitalistische Wirtschaft aus den Angeln zu heben, in der Deffektivität nicht bekannt geworden. Man scheint sie manchmal nur als Popanz zu gebrauchen, um die Arbeiter nicht etwa zu Harmonie- dulstern werden zu lassen. Das ist aber überflüssige Sorge.

Was jedoch die Neutralitätsfrage im engeren Sinne anlangt, so muß darauf hingewiesen werden, daß sie für die Konjunkturvereine von weit größerer Bedeutung ist als für die Gewerkschaften. Es ist schon gesagt worden, daß die letzteren reine Klassenorganisationen der Arbeiter sind und sein müssen, wenn sie ihren Wesenszweck erfüllen wollen. Reine Klassenorganisationen in zweifelloserm Sinne als selbst unsere Sozialdemokratie, die ja auch nicht ausschließlich aus Arbeitern besteht, auch nicht bestehen soll. Hat nun die feinerzeitige Bekämpfung der gewerkschaftlichen Neutralität ihre großen Bedenklichkeiten gehabt und viel unwilligen Streit und Erbitterung hervorgerufen, so müßte diese Taktik bei einer Uebertragung auf die Genossenschaften rechte Konjunkturvereine nicht nur zu Streit und Erbitterung, sondern geradezu zu einer Sidiung der bisherigen organisatorischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Konjunkturvereinswesens führen. Die Konstitution der deutschen Konjunkturvereine ist in gar keiner Weise geeignet, irgend welchen außer ihrer Geschäftstätigkeit liegenden Disziplinen unterworfen zu werden. Ihre vollständige grundsätzliche Selbständigkeit ist Organisations- und Wirtschaftszweck zugleich. Rührt man an Organisationszweck, so wird der Wirtschaftszweck weitgehend mißbeeinträchtigt. Dafür ein Beispiel: die belgische Arbeiterpartei hat zum Kopenhagener Kongreß eine Resolution

gefaßt, die nichts mehr und nicht weniger als die Politisierung der Konjunkturvereine bedeutet, indem man diese als finanzielle Hilfsquellen der sozialdemokratischen Parteien konstituieren und sie direkt der Parteiorganisation der einzelnen Länder angeschlossen soll. Man kann, ohne Widerspruch zu finden, behaupten, daß bei der Durchführung einer derartigen Resolution auch ohne das deutsche Genossenschaftsgesetz, das jenen Vorhaben direkt hindern im Wege stehen würde, nicht nur die Zentralorganisation der deutschen Konjunkturvereine, sondern auch die wirtschaftliche Bedeutung der Mehrzahl der Vereine zertrümmert werden würde, und nicht einmal vom Gesetz und von den außenstehenden Gegnern, sondern lediglich durch die mit Naturnotwendigkeit im Innern der Einzel- und Zentralorganisationen des Konjunkturvereinswesens sich entwickelnden Zerwürfnisse. Und wenn selbst das nicht der Fall wäre — was mit tödlicher Sicherheit angenommen werden muß —, dann würde die wirtschaftliche Bedeutung der Konjunkturvereine, lediglich auf die politische Basis gestellt, eine Einjchränkung erfahren, die der gewollten Absicht direkt zuwiderlaufen müßte.

Nun ist ja anzunehmen, daß die durch mancherlei Erfahrungen immerhin gewichtigten Kongressmehrheiten sich auf ein das Konjunkturvereinswesen schädigendes Resolutionsentwurf nicht ohne weiteres einlassen werden. Und wenn sie das nur aus taktischen Gründen tun, kann niemand etwas dagegen einwenden. Jede Formel, die den in Deutschland bestehenden Verhältnissen Rechnung trägt, wird ihre Unterstützung finden durch die bis heute und wohl auch in Zukunft geltende grundsätzliche neutrale Haltung des Konjunkturvereinswesens überhaupt. Darin liegt nicht das geringste Zeichen von Furcht über die möglichen politischen Denunziationen der Gegner, denn die sind sowieso an der Tagesordnung; auch nicht die geringste Abneigung gegen die Sozialdemokratie, denn die Konjunkturvereine wissen, daß auf sie bei der parlamentarischen Vertretung ihrer Sache der erste und nahezu einzige Verlaß ist; sondern darin liegt eben der Wesenscharakter der Genossenschaften begründet, der keine Ausschließlichkeit im Interesse einer Partei zulassen kann, ohne ihre Entwicklung- und Existenzbedingungen zu erschüttern und damit ihren Wirtschaftszweck ohne irgend welche zwingende Notwendigkeit einzuengen und zu gefährden. Die Konjunkturvereine sind von der Partei und den Gewerkschaften als das Kantische „Ding an sich“ förderenswert, denn — beruhen wirtschaftlich das Prinzip des Sozialismus, das „jede der Gemeinwirtschaft. Was die Konjunkturvereine — ohne Unterbrechung der Oberhand — dagegen geben, ist eine mit ihrer zunehmenden Stärke gewissermaßen automatisch wirkende Agitations- und Anziehungskraft für den Sozialismus. In dem Maße, wie die Konjunkturvereinsbewegung in Deutschland durch die natürliche Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die voraussetzungslosse Förderung durch die Sozialdemokratie an organisatorischer und wirtschaftlicher Bedeutung zunimmt, wird auch die Werbekraft des wirtschaftlichen Sozialismus zu- und die Aktionsfähigkeit der Parteien, die sich gegen ihn stemmen, abzunehmen. Die Konsequenzen auf die politische Rückwirkung dieses Prozesses ergeben sich von selbst.

Der Stand der Dinge beleuchtet auch zwei Ausführungen des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen (Nr. 31, 27. August) in sehr zutreffender Weise, weshalb sie hierher gesetzt werden. Zum ersten heißt es da:

„Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien sind in den verschiedenen Ländern sehr verschiedener Natur. In Deutschland beschränken sich diese Beziehungen darauf, daß ein Teil der Mitglieder der Konjunkturvereine der sozialdemokratischen Partei angehört. Die Genossenschaft selbst geht dieses Verhältnis nichts an; sie kann weder die Partei unterstützen, noch andere als Parteigenossen von sich fernhalten. Nach dem Gesetz hat sie sich jeder politischen Wirksamkeit streng zu enthalten.“

Dieser Tatsache wird nun das entgegengesetzte Verhältnis in Belgien gegenübergestellt und dem diesem Verhältnis entsprechenden Beschluß, der oben kurz herührt wurde, folgende Würdigung gegeben:

„Ein solcher Beschluß wäre nutzlos, denn auf die Haltung der Genossenschaften steht weder der Partei, noch den Gewerkschaften ein richtunggebender Einfluß zu und die Genossenschaften könnten ihn nicht befolgen, ohne sich gegenüber der Gesetzgebung in eine schiefen Lage zu bringen. Er würde nur Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter tragen, zu verbitterten Auseinandersetzungen führen und ein wirkliches Zusammenarbeiten, da wo es möglich ist, gefährden.“

Fügt man dem noch hinzu, daß der neueste französische Parteitags dem durch die Politisierung zerpfalteten Genossenschaftswesen in der Richtung der neutralen Selbständigkeit Konfessionen gemacht hat, um es allmählich zu einigen, so wird es nicht schwer sein, sowohl auf dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen, wie auf dem Parteitag in Magdeburg eine Formel für die ideellen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und der Genossenschaftsbewegung zu finden, die der Förderung der Genossenschaften zugute kommt, ohne ihren Wesenscharakter zu beeinträchtigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 11. September der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. September 1910 fällig ist.

Die Verbandsfunktionäre werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß bei Materialbestellungen nur die vom Vorstand herausgegebenen Materialbestellkarten benutzt werden dürfen. Bestellungen sollen möglichst nur von einem dazu bestimmten Mitglied der Verwaltung erfolgen; die Bestellkarten müssen mit Namensunterschrift und Ortstempel versehen sein.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet: der Verwaltungstelle Hof 5 3 pro Woche vom 1. Oktober an; der Verwaltungstelle Hofbräu 10 3 pro Monat für männliche Mitglieder, vom 1. Oktober an; der Verwaltungstelle Wittenberg 15 3 pro Woche; der Verwaltungstelle Senftenroda 5 3 pro Woche, statt seither 10 3 pro Monat, vom 1. Oktober an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle in Altkasser: Der Schlosser Adolf Stäb, gen. Lieve, geb. am 14. Jan. 1877 zu Pöpelwitz, Lit. A. Buch-Nr. 22093, wegen unkollegialen Verhalten. Auf Antrag der Verwaltungstelle in Chemnitz: Der Klempner Ernst Alb. Fischer, geb. am 14. Oktober 1883 zu Limbach, Buch-Nr. 473989, wegen Denunziation.

Die eine Hälfte der Länge der einen Mauer ist bereits untermüht und steht frei in der Luft. Infolge des keinen Widerstand mehr findenden mächtigen Druckes bricht die frei hängende Hälfte plötzlich ab und zerfällt in den darunter schaukelnden Arbeiter. Fast ist man geneigt, eine derartige Schilberung als das Produkt einer Augen- täuschung des Beobachters anzusehen. Wo bleibt da die Gewerbe- aufwärts, wird man wohl fragen. Seiten die betreffenden Beamten auch vom besten Willen befeuert, Betriebsgefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter nach Möglichkeit abzuwehren, so ist angesichts der großen Anzahl und räumlichen Ausdehnung der Werke Lothringens ihre Zahl doch viel zu gering, um, worauf es ganz besonders ankommt, des öfteren und vermutete umfassende Betriebsrevisionen vor- nehmen zu können. Darauf ist wohl auch die Tatsache zurückzuführen, daß in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten be- sonders geschriebene Einzelfälle vielfach des Charakters der Un- mittelbarkeit ertheilen. So ist zum Beispiel im neuesten Jahres- bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für Lothringen der Fall eines Arbeiters geschildert, der bei dem Bemühen, einen Kleinen, der sich um eine Welle gewickelt, mit dem Fuße abzutreten, erfährt und zu Tode geschubert wurde. Dieses Vorkommnis hat eine verteilte Aufmerksamkeit mit einer auch uns sehr gut bekannten Sache. Sollte der Fall mit dem, der auch uns vorstehend, identisch sein, so war die Sache doch ein klein wenig anders. Im Walzwerk Jamballes des lothringischen Säulenheiligen, Badsteinschneiders und Reichstags- schiedsmanns Dr. Wendel wurde über das Quergebüll unter dem Dache eine elektrische Leitung gelegt. Um diese an die richtige Stelle dirigieren zu können, waren Tausende daran befestigt. Ein solches Tau, an dem ein vierzehnjähriger Stallenerjunge zog, war etwas lang. Um nun seine Kräfte besser auszunutzen zu können, umfing der Junge sein Bein mit dem unteren Seilende und das noch heraus- hängende Seil geriet beim krampfhaften Ziehen in das Ungeheuer der betreffenden Walzenstraße, zwischen das man den vierzehnjährigen gestellt hatte. Der Junge wurde zermalmt. Unlängst zum Ein- schreiten gegen die unmittelbaren Auftraggeber des Jungen fand auf Anzeige der Staatsanwalt nicht. Es war nur ein Stallener- kind. So das Vorkommnis, von dem wir vermuten, daß es das in dem Jahresbericht der Gewerbeaufsicht geschilderte ist. Wir schließen, indem wir uns frühere Bemerkungen der lothringischen Aufsichtsbeamten beziehungsweise der Süddeutschen Eisenberufe- genossenschaftsberichte zu eigen machen: „Die Arbeiterschaft ist be- reit auf gute geleitete Organisationen, sollen die bestehenden Gesetze und Schutzbestimmungen auch vollständig in der Praxis durchgeführt werden.“ Ein großer Teil der Verantwortung für die Mißfolge in der Unfallverhütung fällt den Weistern und Aufsehern zu. Der Last, die häufig eine unerbittliche Gleichgültig- keit für die Bestimmungen zur Herabminderung der Unfälle an den Tag legen und ihren Untergebenen mit wenig gutem Beispiel vor- anzugehen.“ Trifft dieses leider in sehr vielen Fällen das Richtige, so sind wir Arbeiter doch weit davon entfernt, die Weister zu als alleinige Sündenböcke in die Wüste schiden zu wollen. Wer dem Ar- beiter die stetig steigenden Blutopfer auferlegt, ist letzten Endes das kapitalistische System zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Demgegenüber helfen nur „gut geleitete starke Organisationen der Ar- beiter“, jeden Tag im Kleinkampf stehend, Schritt für Schritt der modernen kapitalistischen Barbarei den Boden abzugewinnen. Lütten- arbeiter, treten ein in die Reihen der Kämpfer, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Metallarbeiter.

Renkungen. Die ungelungenen Verhältnisse, die in letzter Zeit bei der Firma S. Stoll & Co., Stridmaschinenfabrik, eingetreten sind, geben Veranlassung, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Am Anfang des Jahres zeigten die damals noch zum geringen Teil organisierten Arbeiter an die Firma folgende Forderungen ein: Reduzierung der einbehaltenen Skaution von 6 auf 3 Tage, acht- tägliche Lohnzahlung und 10 Prozent Lohnnachzahlung. Der Durch- schnittslohn betrug 37 S., bei den heutigen Verhältnissen unter allen Umständen zu wenig. Da der Firma bekannt war, daß nur wenige ihrer Arbeiter organisiert waren und deshalb auch keinen Rückhalt hatten, wurden ihre Forderungen rundweg abgelehnt. Die Arbeiter sahen nun ein, daß sie ohne Organisation bei der Firma nichts erreichen und es schloß sich deshalb der größte Teil dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, um ihren gerechten For- derungen Nachdruck zu verleihen. Die Organisation nahm sich ihrer an und von der Bezirksleitung wurden für Dreher, Schlosser und Maschinenarbeiter obige Forderungen abermals eingereicht und nun- mehr bewilligte die Firma sie zum Teil. Die Lohnnachzahlung betrug 5 bis 10 Prozent, eine über 5 Prozent hinausgehende Erhöhung wurde meistens nur den Affordarbeitern gewährt, die aber wohl niemals einen Nutzen durch die Erhöhung haben werden. Die bis dahin bezahlte Frühstückspause kam aber in Wegfall und abends um eine Viertelstunde länger gearbeitet werden. Die Maschinen- arbeiter müssen ihre Maschinen während der Pause durchlaufen lassen, obgleich diese nicht mehr bezahlt wird (aber freiwillig, wie sich die Firma ausdrückt). Durch die verlängerte Arbeitszeit ist nun gewisser- maßen die ganze Lohnnachzahlung wieder annulliert und die ganze Bewilligung kostet Herrn Stoll verdammt wenig. Seit dieser Zeit, als die Arbeiter den Nutzen der Organisation einsehen, ist diese der Firma ein Dorn im Auge; sie sucht auch deshalb bei jeder Gelegen- heit, organisierte Arbeiter hinauszuwickeln, um an deren Stelle Un- organisierte stellen zu können. Was für tüchtige Leute sich aber unter solchen Umständen befinden können, beweist folgender Fall: Von Herrn Stoll junior wurde kürzlich ein Unorganisierter eingestellt, ein Schraub- stock taugte der betreffende nichts und mußte wieder entfernt wer- den. Anstatt nun diesen Mann wieder zu entlassen, teilte man ihn der Dreherei zu, doch kaum war er kurze Zeit dort, als er auch schon verunglückte. Wer trägt nun die Schuld an diesem Unfall? Herr Stoll junior, der, nebenbei bemerkt, mit der Technik auf ge- spanntem Fuße steht, erlaubt sich, tüchtige Arbeiter als Faulenzer zu titulieren. Diesem Herrn ist zu raten, sich mehr der Fabrikation zu widmen. Den Vorführen und Weistern ist das Buch Knigges Umgang mit Menschen sehr zu empfehlen, damit auch sie sich bessere Umgangsformen mit den Arbeitern angewöhnen. Nur dies für heute. Sollte aber die Firma die Mißstände nicht beseitigen, dann haben wir noch weiteres Material zur Verfügung. Die organisierten Arbeiter von Stoll & Co. sollten sich aber mehr als bisher um ihre Organisation kümmern und nicht bei jeder Versammlung mit Ab- weienheit glänzen, denn nur infolge ihrer Gleichgültigkeit haben diese Zustände einreißen können. Denen aber, die dem Verband noch fernstehen, rufen wir zu: Tretet ein in eure Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, denn nur mit vereinter Kraft wird es euch gelingen, menschenwürdigen Lohn und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Stoll & Co. zu erreichen.

Stuttgarter-Cannstatt. Die Ausperrung bei der Firma S. Fr. Fuhs in Cannstatt ist nach siebenwöchiger Dauer beendet worden. Folgende Ursachen lagen dieser Ausperrung zugrunde: Die Firma stellte die Forderung, die Arbeiter sollten in eine Reduk- tion der Affordpreise für Schmelze in Höhe von 22 Prozent, für Schleifer von 18 Prozent willigen. Das lehnten die Arbeiter ab. Weil aber die Firma ihre Affordpreisreduktion mit ihrer Konkurrenz- unfähigkeit begründete und nachweislich mit Unterbilanz abgeheilt hat, erklärten sich die Arbeiter zu Verhandlungen bereit. Geführt wurden diese teils zwischen Firma und Arbeiterschaft, teils zwischen dem Verband Metallindustrieller in Württemberg und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Hier erklärten sich die Arbeiter bereit, ver- schiedene eine zehnprozentige Reduktion an den Schmelzarbeiten vornehmen zu lassen und eine fünfprozentige an den Schleiferarbeiten. Trotzdem lehnte die Firma das Angebot ab und glaubte besser zu tun mit der vollständigen Schließung des Betriebes. Sie tat das. Im Verlauf der siebenwöchigen Ausperrung ging die Firma dann von der ursprünglich geplanten Reduktion von 22 und 18 Prozent herab auf 19 und 15, später auf 17 und 13 und schließlich auf 15 und 10 Prozent. Abermals kam es nun am 19. August zu Verhandlungen der beiden Organisationen. Hier kamen folgende Einigungsbedingungen zustande: 1. Alle ausgesperrten Arbeiter werden wieder eingestellt; Maßregelungen finden beiderseits nicht

statt. 2. Die bisherigen Affordpreise werden provisorisch für Schmelze um 15 Prozent, für Schleifer um 10 Prozent herabgesetzt. 3. Der bisherige Stundenlohn wird bis zur endgültigen Festsetzung der neuen Affordpreise garantiert. 4. Wenn sich herausstellt, daß die in Ziffer 2 genannte Herabsetzung bei dem einen oder anderen Afford- bei bisheriger Arbeitsleistung zu groß ist, so wird dies ohne weiteres entsprechend vermindert. 5. Zu diesen Einigungsbedingungen nahmen die ausgesperrten Stellung. Sie akzeptierten sie, nachdem beide Verbände ihre Unterschrift gegeben hatten und nahmen die Arbeit am 24. August wieder auf.

Schwiede.

Gudfischen. (Berichtigung.) In der Korrespondenz in Nr. 34 (Seite 271) heißt die betreffende Firma nicht Mergler, sondern Nagla.

Rundschau.

Gegen den agrarischen Fleischwucher

hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgenden Aufruf erlassen:

„Parteigenossen!

Die Folgen der einseitig agrarischen Wirtschaftspolitik, die in dem Wucherzolltarif ihre Grundlage hat, hat jetzt das gezeitigt, was die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag vorausgesagt haben, unersöhnlich hohe Lebensmittelpreise.

Unter den Lebensmitteln, die von dieser schamlosen agrarischen Preissteigerung am meisten betroffen sind, steht das Fleisch an erster Stelle. Seit Monaten bewegen sich die Fleischpreise in fortgesetzter aufsteigender Linie. Die Regierung hat bisher vollkommen untätig zugehört. Man glaubt sich damit begnügen zu können, daß man diese enormen Fleischpreise als eine vorübergehende Erscheinung bezeichne. Damit kann aber dem Volke nicht gedient sein, dessen Lebensbedingungen sich immer mehr verschlechtern.

Das Funktionär hat heute goldene Zeiten; die Grenzen sind ge- sperrt; soweit die Vieheinfuhr möglich ist, wird sie durch Schütze aller Art erschwert. Willkuren stehen in die ungründlichen Tischen der Agrarier und schwerer als je kämpft das Volk um eine menschen- würdige Existenz. Alles, was in den letzten Jahren auf wirtschaft- lichem Gebiete an Vorteil für die Arbeiterklasse errungen werden konnte, wird völlig aufgewogen durch die unerhörten Preise der Lebensmittel. Strebt die Arbeiterschaft danach, einen Ausgleich durch Lohnerhöhung zu versuchen, dann antwortet das Unternehmertum mit dem brutalen Mittel der Ausperrung.

Man will offenbar nicht sehen, daß die Ver- teuerung der Lebensmittel notwendigerweise die Volksgesundheit untergraben muß. Als Ant- wort auf das Verlangen der Arbeiterpreise, die Grenzen zu öffnen, fordert das Agrarierum eine noch schärfere Abschließung und ein fast völliges Verbot der Vieh- und Fleisch- ein- fuhr aus dem Ausland. Den Seuchenschutz schützt man vor und das Profitinteresse der Agrarier meint man. Es ist eine unumgäng- liche Notwendigkeit, daß das werktätige Volk durch flammenden Protest Verwahrung einlegt gegen diese unerhörte Ausbeutung, und wie das in einzelnen deutschen Städten bereits geschehen ist, so fordern wir die Parteigenossen Deutschlands auf, allenthalben eine Protestbewegung gegen den Fleischwucher insbesondere und gegen die agrarische Raubwirtschaft im allgemeinen in die Wege zu leiten.

Berlin, 26. August 1910. Der Parteivorstand.

Wir fordern unsere Kollegen in ganz Deutschland auf, sich an dieser Protestbewegung zahlreich und eifrig zu beteiligen, einzeln, ob sie eingetragene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind oder nicht. Diese Versammlungen werden zugleich Gelegenheit bieten, zu zeigen, wie das arbeitende Volk über die Rede Wilhelms II. in Königsberg denkt.

Gewerbegerichtliches.

Eine unerhörte Entscheidung. Im Laufe des vorigen und zu Anfang dieses Jahres ging die Firma Potthoff & Flußme in Lünen dazu über, die Affordpreise nach ihrem Belieben zu regulieren. Wenn sich die Formen dagegen wandten, dann erklärte die Firma: „Nicht Sie haben die Preise festzusetzen, sondern wir!“ Um derartigen willkürlichen Affordpreissetzungen entgegenzutreten, be- schlossen die Formen, von der Firma zu fordern, daß die Afforde vor Uebernahme der Arbeit mit den Formen vereinbart werden sollten und daß kein Formen sich weitere Affordpreissetzungen ge- fallen lassen sollte. Die Firma hat nun zwei Formen eine Arbeit zum Preise von 13 M an, worauf die Formen erklärten, das Stück dafür nicht machen zu können. Sie forderten erst 15, dann 14 M für die Arbeit. Ein Jahr vorher war das Stück mit einer kleinen Abänderung für 14 M gemacht worden. Die Firma erklärte darauf, 14 M nicht geben zu können, worauf die Arbeiter dabei blieben, das Stück unter 14 M nicht machen zu können, dagegen seien sie bereit, es in Stundenlohn herzustellen, pro Stunde 50 S. Die Firma ging darauf nicht ein und erklärte den beiden Formen, wenn sie das Stück nicht für 13 M machen wollten, dann müßten sie auf- hören, und zwar sofort. Die Formen hatten also nicht die Arbeit verteidigt, sondern nur erklärt, das Stück für den an- gegebenen Preis nicht machen zu können, wohl aber wollten sie es in Stundenlohn herstellen. Nachher hat die Firma dies übrigens zugelassen und die Stunde sogar mit 60 S bezahlt.

Die beiden Formen klagten nun beim Gewerbegericht in Lünen wegen kündigungloser Entlassung auf eine Entschädigung von je 50 M. In dem auf den 21. April anberaumten Termin stellte die Firma einen Ablehnungsantrag gegen einen Weistern mit der Begründung, daß er Mitglied des Christlichen Metall- arbeiterverbandes ist, dem auch einer der beiden Kläger angehört (der andere Kläger gehörte dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an) und der deshalb an dem Ausgange des Prozesses das größte Interesse habe, da der Zustand der Formen ja den Inten- tionen des Christlichen Metallarbeiterverbandes entsprungen sei. Das Gewerbegericht in Lünen erklärte den Antrag für begründet und wies die weitere Entscheidung dieser Klage ans Landgericht, weil der eine noch in Frage kommende Weistern von Arbeitnehmer wegen Krankheit nicht erscheinen konnte. Die erste Zivilkammer des Landgerichts bezeugte nun das Gewerbegericht Dortmund und Land als zuständig. Daß ein Gewerbegericht einen Weistern für befangen erklärt, weil er mit dem Kläger in derselben Organisation ist, ist wohl noch nicht dagewesen. Nach dem Gewerbegericht in Lünen wäre es bald gar nicht mehr möglich, an den Gewerbe- gerichten zu klagen; sind doch unzählige Fälle zu verzeichnen, wo der Arbeitnehmer mit dem Kläger in ein und derselben Organi- sation organisiert ist; aber auch der Arbeitgeberbeistitzer dürfte dann als befangen abgelehnt werden, wenn die eine der Parteien in der- selben Unternehmerorganisation ist wie einer der Gewerbegerichts- beistitzer. Man darf schon gespannt sein, was das Gewerbegericht tun wird, wenn ein solcher Einwand geltend gemacht wird.

In der ersten Sitzung dieses Gerichtes wurden die Fragen sowie der Gutachter Ingenieur Bauer von der Eisenhütte Westfalen ver- nommen. In der Sitzung stellte der Vertreter der Firma im Wege der Widerklage einen Entschädigungsantrag auf Zahlung eines Schadenersatzes von 300 M, der später auf 307 M erhöht wurde. Es wurde deshalb beschlossen, noch einen andern Gutachter zu vernehmen. Hierzu wurde der Fabrik- beistitzer Subraman ernannt. Gleichzeitig beantragte die Kläger einen von ihnen benannten Gutachter zu hören, was

aber vom Gewerbegericht abgelehnt wurde. Im zweiten Ter- mine stellten die Kläger den Antrag, den Vertreter der Firma, In- genieur Graskopf, als Vertreter abzulehnen, weil er das Vertreten vor dem Gewerbegericht geschäftsmäßig betreibt. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Nun hatte die Firma Widerklage erhoben über 307 M. Es mochte nun dem Gewerbegericht doch diese For- derung wohl etwas zu weitgehend sein, denn die Firma wurde in der letzten Sitzung vom Vorsitzenden dahin befehrt, daß das Ge- werbegericht die Widerklage in dieser Höhe abweisen müsse und sie ihre Forderung auf 36 M verringern müsse; was dann auch die Firma tat. Dadurch, daß die Forderung auf diese Summe reduziert wurde, war es den Klägern auch nicht mehr möglich, beim Land- gericht Verurteilung einzulegen. Der zunächst als Gutachter ver- nommene Ingenieur Bauer befandete bei seiner Vernehmung, daß er den angebotenen Preis von 13 M für angemessen halte. Auch der Gutachter Subraman kam zu dem Ergebnisse, daß der angebotene Ver- trag von 13 M angemessen sei. Auf Grund dieser Gutachten erkannte das Gericht, daß die Weigerung der Kläger zur Ausführung der Arbeit unberechtigt war. Die Forderung der Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung fiel hierdurch in sich zusammen. Anders verhält es sich mit der Widerklage. Nach § 124 b der Gewerbeordnung kann, sofern ein Gefelle oder Gefelle die Arbeit rechtskräftig verlassen hat, der Unternehmer als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertrags- mäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ordentlichen Tageslohnes fordern. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch Ver- fügung des Regierungspräsidenten beträgt der ordentliche Tageslohn 3 M oder für 6 Tage 18 M. Weigerung der Arbeit ist gleichbedeutend mit rechtskräftigem Verlassen der Arbeit. Waren die Kläger also zur Weigerung der Arbeit nicht berechtigt, was die Entlassung zur Folge hätte, so waren sie verpflichtet, den der Beklagten zugesagten Schaden zu ersetzen. Da die Forderung der Beklagten von je 18 M gegen die Kläger an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden ist, so war nach dem Antrag der Widerklage zu erkennen. In seiner Urteilsbegründung sagt das Gericht, daß zu prüfen gewesen sei, ob der Preis von 13 M angemessen gewesen sei, was nach den Gut- achten der beiden Sachverständigen zu bejahen sei. Es könne nur dann der Affordarbeiter die ihm angebotene Affordvereinbarung ab- lehnen, wenn der angebotene Preis erheblich (!) hinter einem gewissen, vorausgesetzten, meist bei Uebergabe der Arbeit zum Ab- druck gebrachten Durchschnittsbedienst zurückbleibt. Das Gewerbe- gericht hat also einen Minderwert von 5 S pro Stunde als nicht erheblich angesehen. Nach dem Urteil des Gewerbe- gerichtes kann also der Unternehmer fortwährend die Afforde redu- zieren und die Arbeiter sollen es sich gefallen lassen, wenn sie nicht sofort auf die Strafe verworfen werden und sich obendrein noch der Gefahr aussetzen wollen, vom dem Unternehmer, der es sich erlauben darf, gegen alle guten Sitten zu handeln, wegen „Vertrags- bruch“ verklagt zu werden. So etwas von einseitiger Rechts- sprechung ist doch wohl noch nicht vorgekommen. Dazu kommt noch, daß der Gutachter Bauer vom Vertreter der Firma Potthoff & Flußme selbst zum Gericht gebracht wurde und der Gutachter Subraman die beiden Formen zugemuteten Nebenarbeiten und die schlechte Beschaffenheit des Krans nicht berührt hat. Die Kläger waren also vollumfänglich berechtigt, die Hinzuziehung anderer Gut- achter zu beantragen.

Alles in allem muß man sagen: die Zusammensetzung des Ge- werbegerichts, das dieses Urteil fällen konnte, war ohne Zweifel eine ideale — nach den Wünschen der Schachmacher.

Wie ein Klempnermeister über Rußland denkt.

Wie denken Sie über Rußland? Diese vor Jahren sehr gebräuch- liche Redensart kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man folgenden Brief eines Klempnermeisters an einen Kollegen liest, den dieser Klempnermeister gern zum Streifbruch verleiten wollte. Der Brief lautet folgendermaßen:

Herrn....., Bant, den 12. August 1910.

Schickt von meinem Kollegen Fähring, W. H. Ihr werdest Schreiben betreffs Stellengesuch. Sie scheinen ein sehr ängst- liches Gemüt zu sein. Ich erwähne jedoch ausdrücklich, die Pflichten organisierten Klempner befinden sich seit 7 Wochen im Streik. Es sind in W. H. Bant, welche Ortschaften unmittelbar an- und in- einander liegen, 14 unorganisierte (Fremde) beschäftigt und ist es ein Leichtes, unseren Stamm mit morganisierten besetzen zu können. Ihre Befürchtung trifft nicht zu, denn wir leben doch nicht in Rußland. Ich kann Ihnen versichern, daß Ihnen auch nicht das Geringste geschieht, denn es ist den Streiken den nicht unbekannt, daß dergleichen Ausföhrungen sehr schwer ge- ahndet werden. Also nochmals, nicht so ängstlich!

Sollten Sie nun auf die Stelle, welche sofort besetzt werden kann, reflektieren, bitte umgehend um Nachricht. In der Erwartung, zustimmende Antwort zu erhalten, zeichne

Hochachtung
Dito Hoffmann
Klempnermeister.

Sollten Sie vor Bescheid antworten, so geben Sie an, hier zum Besuch zu sein und lassen Ihre Gepäck auf den Bahnhof. Fahrten bis W. haben, bestiegen dort eine Droschke und fahren bei mir vor.

O. H.
Es gibt viele Leute, die geneigt sind, zu glauben, daß das liebevolle Wohlwollen, das die ehle Junft der Streikführer bei Polizei und sonstigen Behörden findet, gerade recht stark an russische Zustände erinnert. Aber Logik ist ja etwas, wovon mancher Hand- werkskramer nicht besonders viel gegessen hat.

Eine gelbe Zentralunterstützungskasse.

Trotz aller Ablehnungsversuche geht es überall mit der durch Unternehmern aufgepöppelten gelben Bewegung riefenschnell bergab und die geschaffenen und in Aussicht gestellten „Wohlfahrts- einrichtungen“ hindern durchwegs nicht, daß die bedürftigen, in die gelben Verbände gepreßten Arbeiter das Unwürdige ihrer Lage erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. So auch in Augsburg, dem Ausgangspunkt der gelben Bewegung. Es ist daher begründet, daß die Hintermänner der gelben Arbeiterzerstückelung nach Mitteln suchen, um die Arbeiter zu fesseln.

Wie nun die letzte Nummer der W. H. (das in Augsburg erscheinende Organ der gelben Arbeitervereine) mittelst, hat die Grünbun- gung einer gelben Zentralunterstützungskasse stattgefunden, die ihren Sitz in Augsburg hat. Die Grün- bundung dieser Kasse ist schon auf der gelben Tagung in Kiel (Osten 1908) beschlossen worden. Ueber ihre Vorgehensweise verbreitete sich in einer jüngst in Augsburg abgehaltenen gelben Versammlung der als eifriger Förderer der Gelben bekannte Reichsrat Pfeiffer der Maschinenfabrik Augsburg, nebenbei auch Vorstandsmitglied des bayerischen Metallindustriellenverbandes. Einige seiner Ausführungen sind sehr interessant. Er erzählte zum Beispiel, daß nach der ersten Berechnung für die Zentralkasse ein Grünbun- gungsbetrag von 35—40 000 M notwendig geworden wäre, andernfalls die Genehmi- gung durch das Reichsaufsichtsam nicht erteilt worden wäre. Leider hätte die Grünbun- gung aber bisher nicht stattfinden können, weil wohl einige Unternehmer sich bereit erklärt hätten, zum Gründungsfonds bei- zutreten, die großen Unternehmer hätten jedoch eine ab- wartende Stellung eingenommen; auch sei durch das ungeliebliche Vorgehen von sonst befreundeter Seite Unklarheit und Verwirrung verursacht worden. Dann sagte Pfeiffer in bezug auf die tätige Mithilfe des Reichsaufsichtsamtes an dieser famosen Grünbun- gung:

„Ich konstatiere mit besonderem Vergnügen und Dankbarkeit, daß genannte hohe Behörde unsere Sache in entgegenkom- mender Weise aufnahm, bei den mehrfachen Konferenzen wertvolle Aufschlüsse und Ratschläge, weit über das dienst- liche Maß hinaus, und schließlich uns solche Vergünstigungen gab, daß es uns möglich wurde, ohne berufliche und tech- nisches Gutachten, ohne erheblichen Grün-

Dungsfonds, den Geschäftsbetrieb aufzunehmen. Das Schlichtamt hat den Dank hierfür nach Genehmigung der Zentralunterstützungskasse bereits dargebracht.

Der Vorstand hat sich entschlossen, dem Entgegenkommen des Reichsausschusses den Vorschlag gegenüber. Ob man an deren, nicht geliebten Arbeiterorganisationen ein ähnliches Maß von Entgegenkommen zeigen würde, bezweifeln wir.

Die geliebten Werkzeuge haben also jetzt eine Zentralunterstützungskasse von Unternehmergaben und mit dem Gelde der Unternehmer gegründet. Wie blutiger Hohn klingt es, wenn in Ansetzung dieser Zuschüsse der gelbe Protektor Pflaffer zu den gelben Arbeitern sagt: „Hoffen wir, daß die nunmehr geschaffenen Verbesserungen in der Freizügigkeit unserer Mitglieder reiche Früchte bringen.“

Die Früchte der neuen gelben Wohltat helmt aber lediglich der Unternehmer ein, denn die gelben Arbeiter werden nach wie vor auf die Straße geworfen werden.

Lebius, der Verzweifelte.

Lebius, der Oberhäuptling der Gelben, sieht seinen Zusammenbruch vor Augen. Er war schon früher nie wäherlich in seinen Mitteln, um seine Gegner anzuschmücken und infolgedessen kann es niemand in Verwunderung setzen, daß er es jetzt noch weniger ist, nachdem das Blatt sich offensichtlich zu seinen Ungunsten gewandt hat. Auf die wuchtigen Utanlagen, die in der letzten Zeit gegen ihn erfolgt sind, weiß er mit weiter nichts zu antworten als mit stinkenden Ausfällen gegen unsern Kollegen Scherm, die er in Nr. 36 des Bund losläßt. Was Lebius damit bezwecken will, ist klar. Er will uns nur reizen, daß wir ihm in der Weise antworten, wie er es eigentlich verdient, damit er es dann bei einem eventuellen Prozeß gegen ihn als Widerklage ausspielen kann. So groß seine Angst vor dem gerichtlichen Wahrheitsbeweis ist, so groß ist sein „Mut“, wenn er hofft, jemanden wegen formaler Verleumdung hereinlegen zu können. Unser Kollege Scherm hat mit seinen Prozessen gegen Wiesenthal und den Hirsch-Dunderschen Meutchen gezeigt, daß er den gerichtlichen Wahrheitsbeweis nicht zu scheuen braucht; Lebius kann das nicht von sich sagen.

Warum verklagen Sie uns nicht, Herr Lebius, Sie trauriger Dursche? Weil Sie zuviel Dreck am Stecken und zu große Furcht vor der Wahrheit haben!

Lebius wärmt seine alten Lügen wieder auf, monach May „Mitarbeiter“ der Metallarbeiter-Zeitung sein soll. Ist er schon so sehr mit seinem Wisz auf dem Trocknen, daß er weiter nichts weiß, als solchen idiotischen Kratsch? Als neuesten Schwindel listet Lebius die Lüge auf, daß die Kosten des Prozesses May gegen Krügel vom Deutschen Metallarbeiter-Verband getragen worden seien. Wir beneiden den Lebius nicht um sein schmutziges Handwerk! Wundern sollte es uns aber nicht, wenn Lebius eines schönen Tages spurlos verschwunden sein wird.

Vom Ausland.

Ungarn.

Die Budapesters Schlossermeister suchen in bürgerlichen Blättern durch Annoncenagenturen, speziell durch Rudolf Wölle, Schloffer, Vorarbeiter und Steinmeister (Anschläger) für Budapest. Da der seit zwölf Wochen dauernde Kampf der Budapest Bau- und Kunstschlosser um den Neumünsterplatz noch nicht beendet ist, so eruchen wir, den Zugang von Schlossern nach Budapest fernzuhalten. Wer in Budapest in Schlosserbetriebe Arbeit nimmt, wird von uns als Streikbrecher betrachtet. In Budapest wird bis auf weiteres für Bauhofsler kein Freigeleg und keine Ortsunterstützung ausbezahlt. Die Kollegen allerorts eruchen wir, dahin zu wirken, daß nach Budapest keine Bau- und Kunstschlosser kommen.

Norwegen.

Der Vorstand des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes hatte von seiner letzten Generalversammlung den Auftrag erhalten, jährlich einen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes herauszugeben. Der Vorstand hat diesem Auftrag nachgekommen und der vom Vorstehenden Kollegen Jürgen Borgen verfaßte Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1909 liegt uns in Form einer 80 Seiten starken Broschüre vor. Die ersten Seiten sind der Generalversammlung des Verbandes gewidmet. Da wir über diese schon in der Metallarbeiter-Zeitung (1909, Nr. 31, Seite 248) berichtet haben, so brauchen wir nicht von neuem darauf einzugehen. In dem folgenden Abschnitt über „Lohnbewegungen und Konflikte“ wird zunächst konstatiert, daß man das Jahr 1909 im allgemeinen als ein friedliches bezeichnen kann. Dies hatte hauptsächlich seine Ursache darin, daß die vorgenannte Annullierung von 1907 noch in Wirklichkeit war. Es hat den Verband indessen nichtsdestoweniger nicht an Arbeit gefehlt, denn es wurden noch einige neue Werke geschlossen und ein Teil der alten erweitert und verbessert. Auch erforderte die Annullierung noch verhältnismäßig besondere Verhandlungen. Der Verband hatte in 75 Fällen einzugreifen. Davon waren 5 Streiks, 3 Anspannungen, 2 Streiks und Anspannungen zugleich mit 1 Spontanstreik. Es waren dazu 383 Arbeiter beteiligt, davon 344 Mitglieder. Die Zahl der Streiktage betrug 20 846 und die Unterbrechung 30 957,62 Kronen, wovon 7418 von der Landesorganisation der Gewerkschaften ersetzt wurden. Es wurden 16 Verträge abgeschlossen, darunter 2 über Arbeitszeit und 4 waren Tarifverträge. Die übrigen Verträge betrafen 346 Arbeiter, davon 302 Mitglieder. Die dadurch erreichte Lohnaufbesserung betrug im ganzen jährlich 22 687 Kronen. Die Arbeitszeit wurde in vier Fällen im ganzen um 136 Stunden vermindert für 44 Arbeiter, davon 39 Mitglieder. Es haben lange nicht so viele Lohnbewegungen stattgefunden, wie in den früheren Jahren. Allerdings waren auch nicht so viele Verträge abgeschlossen und ein großer Teil der Kollegen arbeitete unter Verträgen, die noch nicht abgeschlossen waren.

Am Anfang des Jahres hatte der Verband in 81 Abteilungen 7687 Mitglieder, davon 5208 in Klasse a, 1441 in Klasse b und 948 in Klasse c. (Der Beitrag beträgt in Klasse a 94 Ört, in Klasse b 69 Ört und in Klasse c 44 Ört.) Im Laufe des Jahres wurden 5 neue Abteilungen errichtet und 2 gingen ein. Es traten ein 1661 Mitglieder. Die Zuwächse betrug 273. Von den Mitgliedern wurden im Durchschnitt 45,62 Wochenbeiträge geleistet (1908: 45,2; 1907: 44,2; 1906: 43,45); wenn man aber die Steuern für Beiträgebefreiung mitrechnet, so beträgt die Durchschnittszahl der Wochenbeiträge 50,7 (1908: 49,5; 1907: 47,9; 1906: 46,81). Infolge der jüngsten Arbeitsverhältnisse liegt die Durchschnittszahl der Löhne für die Mitglieder der Beitragsbefreiung in Anspannung zwischen, auf 29,52 (1908: 22,89). Auch ist die Arbeitslosenunterstützungskasse bedeutend mehr in Anspruch genommen worden. Der Bericht sagt, daß für die Letzte des vergangenen Jahr ein Streikjahr gewesen sei. Seit Errichtung der Kasse im Jahre 1900 ist sie noch niemals so in Anspruch genommen worden. Das fiel nun so schlimm ins Gewicht, als schon im Jahre 1906 die Ausgaben der Kasse ihre Einnahmen überstiegen hatten. Am Anfang des Jahres 1909 waren 55 248,72 Kronen in der Kasse, am Ende 19 559,97. Die Kasse hat aber noch an Staatsbeihilfe etwa 19 000 Kr. zu fordern. Eingezahlt wurden an Beiträgen 39 132,55 Kr., Staatsbeitrag (November 1908 bis März 1909) 11 319,54, Zinsen 152,26, zusammen 50 604,65 Kr. Ausgegeben wurden jedoch 36 233,40 Kr., also 14 371,25 Kr. mehr. Von dieser Unterstützungsumme wurden 8310,75 Kr. an reichende Mitglieder bezahlt und 1283 Kr. als Weihnachtsgabe. 1908 betrug die Arbeitslosenunterstützung 38 152,85 Kronen und 1907 nur 16 020,90. Auf das einzelne Mitglied kamen 1909 11,17 Kr. gegen 4,94 im Jahre 1908 und 2,20 im Jahre 1907. Am Anfang des

vorigen Jahres waren 369 Mitglieder arbeitslos und am Ende 328. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 88 045 gegen 45 965 im Jahre vorher.

Es starben 47 Mitglieder. Für 36 wurde Sterbeversicherung (je nach der Beitragsklasse und der Dauer der Mitgliedschaft 25 bis 800 Kr.) bezahlt. Desgleichen für eine Begräbnisbeihilfe. Die übrigen Mitglieder waren noch nicht bezugsberechtigt. Ferner wurden nach 29 Mitglieder unterstellt, der „Ehrenruhm starben. Im ganzen wurden ausgegeben 92 856,07 Kr. Die Einnahme betrug 27 940,94 Kr., das Vermögen am Ende des Jahres 94 908,13 Kr.

Die Abrechnung der Krankenkasse zeigt ein ähnliches Bild wie in anderen Ländern, ein Anwachsen der Unterstüzungen. Eingenommen wurden 105 818,47 Kr., dagegen ausgegeben 117 106,35, davon an Unterstüzung 76 025,80, Sonstige für die Verträge 38 536,08, Unkosten 544,47 und Zuschuß zur Verwaltung 2000 Kr. Das Honorar der Ärzte betrug für das einzelne Mitglied im Durchschnitt 5,83 Kr. (1908: 5,74; 1906: 5,47), die Unterstüzung 11,50 (10,45; 10,08). Es wurde im Durchschnitt für 5,12 Tage Unterstüzung bezahlt (1908: 4,82). Die Zahl der Krankentage betrug 33 872, davon fielen 11 446 — 33,9 Prozent auf Krankheiten der Atmungsorgane. In Norwegen gibt es noch keine gesetzliche Krankenversicherung. Es ist allerdings am 18. September v. J. ein Gesetz über Krankenversicherung angenommen worden. Dieses wird im Bericht jedoch als Mißgeburt (Misloser) bezeichnet. Das Gesetz soll am 1. Juli 1911 in Kraft treten. Ob der Verband auf Grund dieses Gesetzes die Staatsanerkennung für seine Krankenkasse beantragen wird, wird davon abhängen, welche Regeln über diese Staatsanerkennung festgelegt werden.

Das Vermögen des Verbandes betrug am Ende des Jahres 1908 361 746,54 Kr., die Einnahmen 600 044,03 Kr. (darunter für Streiks von der Landesorganisation der Gewerkschaften 7418, Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstüzung 11 319,54); am Ende des Jahres war das Vermögen aber auf 309 437,71 Kr. zurückgegangen.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Der Sozialismus und die soziale Revolution. Unter diesem Titel erschien in dem Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Heft 4 der Broschürenreihe von Parvus: Der Klassenkampf des Proletariats. Preis 25 Pf.

Keiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken. Nebst einem Anhang: Einiges über Privatbibliotheken. Von Ernst Weidlich. Leipzig 1910. Verlag der Leipziger Buchdruckerei-Vereinigung. 64 Seiten. Preis broschiert 60 Pf., gebunden 1 M. — Jetzt ist die Zeit, wo die Arbeiterbibliotheken im allgemeinen am wenigsten benötigt werden und die Bibliotheksverwaltungen pflegen um diese Zeit gewöhnlich ihre Revisionen und Neuordnungen vorzunehmen. Da kommt diese kleine, hübsch ausgestattete Broschüre gerade recht. Wir wünschen, daß die darin enthaltenen Ratsschlüsse möglichst gründlich befolgt werden. Aber nicht nur die Bibliotheksverwaltungen werden darin gute Anregungen finden, sondern auch der einzelne Arbeiter, der sich für Bücher und Bibliotheken interessiert. Der Abschnitt über die Privatbibliotheken könnte in einer späteren Auflage vielleicht noch etwas ausgebaut werden. Die Bemerkung in diesem Abschnitt, daß es Grundlos sein sollte, kein Buch zu kaufen, das nicht sofort gelesen wird, möchten wir allerdings nicht so buchstäblich befolgt sehen und die Parteibuchhandlungen jedenfalls auch nicht. Für den, der nur zum Zeitvertreib liest, mag der Grundlos ja recht sein; wer aber in der Arbeiterbewegung tätig ist, wird ihn nicht befolgen können, denn oft muß man ein Werk anschaffen, aus dem man nur einige wenige Angaben braucht und dann kann eine lange Zeit darüber vergehen, ehe man dazu kommt, das ganze Buch zu lesen.

Die freiwirtschaftliche Arbeiterbewegung. Von Anton Erbelez, Arbeitersekretär. (Politische Handbücher, herausgegeben von Dr. W. Dhr, Heft 1.) Buchhandlung Nationalverein G. m. b. H., München. 139 Seiten. Preis 1 M. — Wir behalten uns vor, noch auf das Buch zurückzukommen.

Die Magischelemente. Von Richard Sater, Professor an der Kgl. Bergakademie Berlin. Mit 184 Abbildungen. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 301. Band.) Verlag von W. G. Deubner in Leipzig. 1910. 110 Seiten. Preis geb. 1 M., in Seidwand geb. 1,25 M.

Staat des Fluges. Von E. Bafalo, Ingenieur. Erste Auflage. Mit 12 Zeichnungen und 7 Tabellen. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer, Kgl. Hofbuchhändler. 64 Seiten. Preis 3,50 M. — Der Verfasser will in dieser Broschüre nachweisen, daß das Problem des Fluges durch einen den fliegenden Tieren nachgebildeten, Schwingenflieger besser gelöst werden kann als durch einen Aeroplane.

Verband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Berufs- und Betriebsverhältnisse unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Bäckerei- und Konditorengewerbe. Hamburg 1910. Verlag von D. Willmann, Wespensbinderhof 57. 96 Seiten.

Nachtrag.

Lohnbewegung auf den Schiffswerften Deutschlands.

Die Unternehmer scheinbar jetzt einen Preiskampf beginnen zu wollen. Zu Nr. 205 des Hamburger Fremdenblattes vom 2. September veröffentlichten sie den Briefwechsel zwischen den beiden Parteien, der der Erklärung des Kampfes vorausgegangen ist. Man begnügt sich aber nicht damit, den Wortlaut der Briefe mitzuteilen, sondern der Artikel enthält noch am Schluß ein „Resümee“, worin es folgendermaßen heißt:

„Die Arbeiterbetreuer waren nun der Meinung, daß ihnen keine Gelegenheit gegeben worden sei, vor der Beschlußfassung der Werften ihre Forderungen mündlich zu kommentieren, die Werften dagegen waren der Ansicht, daß eine solche Gelegenheit sich ja im Laufe der seitens der Arbeitgeber ins Auge gefaßten Zusammenkunft unzweifelhaft gefunden hätte. Es war ihnen jedenfalls nicht verständlich, weshalb die gegenseitige Ansprache in zwei Zeile zerlegt werden sollte und sie waren deshalb der Ansicht, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband von vornherein gewillt war, eine Beilegung der Angelegenheit unter jeglicher Berufsbildung des Staatsrates der Werften unter allen Umständen zu vermeiden.“

Dies ist eine ganz grobe Entstellung der Sachlage. Es würde kaum auch am dem recht klaren Wortlaut des Briefes der Gruppe Deutscher Schiffswerften mündlich gefordert werden. Wir beharren, an dieser Stelle nicht mit der nötigen Ausführlichkeit darauf eingehen zu können. Man versteht es jetzt offenbar mit der Stimmungsmacherei, gerade so, wie man schon bei der dem die ganze Sache gebotenen Anschlußführung der gegnerischen Arbeiterorganisationen in der hängendsten Presse zu treffen versucht.

Stritten. Die bisher mit Zustimmung der Streikleitung noch streikgebundenen Arbeiter im Balkan, etwa 900, haben am 3. September beschlossen, gleichfalls die Arbeit niederzulegen. Nur etwa 25 Mann haben sich dem Beschluß nicht gefügt.

Reinhold bei Wittenberg. Zu den Westfälisch-Naheliegenden Sprengstoffwerken-L.-G. sind die Metallarbeiter (Dreher, Schlosser, Schmiede, Klempner, Mechaniker, Elektriker, Schleifer und Hilfsarbeiter) in den Ausschuß getreten. Bericht folgt. Zugang fernhalten.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

- (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.) Samstag, 10. September: ... Sonntag, 11. September: ... Montag, 12. September: ... Mittwoch, 14. September: ... Donnerstag, 15. September: ... Freitag, 16. September: ... Samstag, 17. September: ... Sonntag, 18. September: ...

Beitragmachungen der Orts-Verwaltungen etc.

- Apotheke (Vertrauensmännerkongress). ... Chemnitz. ... Gumboldt. ...

Gestorben.

- Chemnitz. ... Dresden. ...

Zentralarbeitsnachweis für Gravure und Zifelleure

Berlin NW. 6, Chariteefstraße 3.

Privat-Anzeigen.

Offene Stelle für selbständigen Maschinenbauer, ... Gebr. Stöker, Seifenfabrik in Bern (Schweiz).

Tüchtige Hinterdreher, ... Gustav Kunze, Göppingen.

Gürtler gesucht für Beluchungsmaschinen, ... K. Fischer, geb. 15. Okt. 1875.

2 Kupferhämmer, 2 Reflektierhämmer, 2 Schwarzblecharbeiter, ...

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.